

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 70.

Donnerstag, den 23. März 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Rußlands auswärtige Politik.

In russischen Regierungskreisen werden neuerdings Rüstungspläne eifrig diskutiert. Besondere Beachtung fand eine Rede, die der Oberkommandierende der Schwarzen-See-Flotte, Admiral Skrydlow, im Ministerrate hielt, um eine Verstärkung der russischen Flotte zu begründen. „Die Entwicklung der österreichischen Flotte — so führte der Admiral aus — schreitet immer weiter; ebenso wächst die türkische Kriegsmarine. So wie China sich allmählich auf einen Krieg mit Rußland vorbereitet, so rüstet die Türkei. Österreich selbst sucht einen bewaffneten Konflikt mit Rußland zu vermeiden, doch stachelt es die Türkei zu Feindseligkeiten gegen Rußland auf. . . . Wenn auch die Türken heute noch nicht auf dem Meere zu fürchten sind, so können wir bereits morgen den Vorsprung verloren haben, den wir über sie besitzen.“ Und auf die Gefahr einer inneren Revolution übergehend, bemerkte der Admiral: „Am Tage nach der Kriegserklärung muß die Revolution im Lande ausbrechen, diesmal aber wird sie fürchterlicher und schwerer als das letzte Mal sein.“ Wie aus der weiteren Mitteilung Admiral Skrydrows in der Petersburger Zeitung „Bischnia Wedomosti“ ersichtlich ist, handelt es sich um die sofortige Inangriffnahme des Baues von sechs Dreadnoughts zur Verstärkung der Schwarzmeerflotte. Das Geld dafür müsse sofort aufgetrieben werden.

In der Duma rückte Genosse Pokrowski die Pläne der Regierung ins rechte Licht. Der Finanzminister wies bei der Begründung der Flottenforderung auf den freien Barbestand hin, der in den letzten zwei Jahren die Höhe von 307 Millionen Rubel erreicht hat. Genosse Pokrowski wies aber auf Grund der Zahlen der Budgetkommission nach, daß diese Summe künstlich beschaffen wurde. Diese künstliche Anhäufung eines „freien Barbestandes“ von 300 Millionen sei ein Verbrechen am russischen Volke. Hier drängt sich von selbst der Gedanke auf, daß sich die russische Regierung mit Hilfe dieses „Barbestandes“ von der Kontrolle der Volksvertretung vollständig emanzipieren will und vor allem auf neue kriegerische Abenteuer ausgeht. Und dann sagte unter Genosse wörtlich:

„Wenn die Regierung hinsichtlich des freien Barbestandes irgendwelche Pläne oder Hoffnungen hegt, so sind sie voll und ganz auf kriegerische Maßnahmen, auf die Verwirklichung der kriegerischen Hoffnungen der Regierung gerichtet. Ich glaube, daß die Stimmung der Regierung der von 1904, vor dem russisch-japanischen Kriege gleich. 1905 hat die Regierung, nachdem sie auf den Feldern der Mandschurei viel verloren hatte, auch innerhalb des Landes viel eingebüßt. Jetzt trachtet sie außerhalb des Reiches wieder das Glück zu versuchen, um nach einem Siege alles im Reiche zu erobern. Die Tatsachen sprechen ja dafür: was bedeutet denn sonst die Potsdamer Zusammenkunft? Sie bedeutet, daß die russische Regierung sich in kriegerischem Mute an den Nachbar mit der gepanzerten Faust um Unterstützung wendet. Sie haben beide gemeinsame Interessen, es steht ja eine Wahlkampagne, ein Kampf gegen den inneren Feind bevor, darum nehmen sie ein kriegerisches Aussehen an. Wir sehen ja auch jüngst, daß Rußland ein Ultimatum an China richtete, welches das ganze Land in eine Erregung versetzte, die noch jetzt nicht geschwunden ist. Wir sehen ferner den russisch-japanischen Vertrag, der offenbar nichts anderes ist, als die Vorbereitung neuer ostasiatischer Abenteuer der russischen Regierung.“

Weder der Finanzminister noch die Vertreter der Regierungsparteien gingen auf die Anklagen und Forderungen des sozialdemokratischen Redners ein. Dies Verlegenheitschweigen zeigt deutlich, daß die sozialdemokratische Kritik die empfindlichste Stelle der herrschenden Bankette-Politik getroffen hat.

Das brutale, rechtswidrige Vorgehen der russischen Regierung gegen China läßt es als durchaus möglich erscheinen, daß sie von ihrem momentanen militärischen Übermacht Gebrauch machen wird, um einerseits auf China einen so starken Druck auszuüben, daß sie bei der innerhalb sechs Monaten bevorstehenden Erneuerung des Sivertrages von 1881 von China enorme wirtschaftliche und politische Vorrechte in der Mongolei erpressen würde. Andererseits würde sie aber — da die russischen Truppen bekanntlich wenig Neigung zeigen, einmal besetzte Positionen freiwillig aufzugeben — durch die beabsichtigte Besetzung Rußlands ihre Front gegen China, wie überhaupt ihre strategische Stellung in Mittelasien, enorm verstärken und zur tatsächlichen Herrin der Mongolei werden. Dies ist auch der wirkliche Zweck des übr-

gens schon lange vorbereiteten Vorstoßes Rußlands gegen China. Wie der von der Pariser russischen Botschaft informierte „Matin“ schon vor der Veröffentlichung des russisch-japanischen Vertrages im August vorigen Jahres angab, hat Rußland die Annexion Koreas durch Japan anerkannt, weil dieses ihm freie Hand in der Mongolei zugestand. Das übrige vollendete die Potsdamer Zusammenkunft und die Haltung der deutschen imperialistischen Presse, die der eroberungslüchtigen russischen Regierung die Sicherheit gaben, China gegenüber eine herausfordernde Haltung einzunehmen und die bevorstehende Erneuerung des Sivertrages zu einem Erpresserfeldzug gegen das „Reich der Mitte“ zu benutzen. Wie sehr man in den russischen Regierungskreisen mit dieser Möglichkeit rechnete, geht aus der Haltung der ihnen nahestehenden Presse hervor, die in einer ganzen Reihe von Artikeln und Broschüren den Gedanken propagierte, die freundschaftlichen Beziehungen zu Japan und die militärische Schwäche Chinas zu dem Zwecke auszunutzen, um das russische Gebiet bis zur „natürlichen Grenze“ d. h. der Wüste Gobi, zu erweitern. Es fanden sogar eine Reihe offizieller Beratungen statt, die sich mit der mongolischen Frage ebenso eingehend beschäftigten, wie 1903 mit der mandchurischen und koreanischen Frage.

Der geschilderte Zusammenhang des russischen Vorgehens gegen China mit der allgemeinen internationalen Lage erscheint umso wahrscheinlicher, als der Inhalt der russisch-chinesischen Streitfragen die Zarenregierung weder formell noch materiell berechtigt, China gegenüber einen so herausfordernden Ton anzuschlagen und die „Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen“ seitens Chinas zu verlangen. In der letzten russischen Note wurden diese Streitfragen auf zwei Punkte reduziert: 1. die angebliche Beschränkung des russischen Handels in der Mongolei und 2) die Frage der Errichtung von russischen Konsulaten im Bezirke von Kobdo. In diesen Fragen flücht sich die chinesische Regierung auf den Artikel 12 des Vertrages von 1881, wonach die russischen Untertanen zu zollfreiem Handel in der Mongolei und dem westlichen China berechtigt seien, „bis sich mit der Entwicklung des Handels die Notwendigkeit ergibt, Zolltarife einzuführen.“ Die russische Regierung verlangt aber auch jetzt die unverzügliche Anerkennung ihrer kommerziellen Souveränität und Monopolgewalt in der Mongolei, ohne auch nur den Versuch zu machen, die durch den Vertrag vorgeschriebene gemeinschaftliche Verständigung herbeizuführen. Ebenso verhält es sich mit der zweiten Frage, der Errichtung von Konsulaten im Gebiete von Kobdo.

Im Prinzip greift China dieses, durch frühere Eroberungszüge errungene „Recht“ Rußlands nicht an, es beruft sich aber auf Art. 10 des Sivertrages, laut welchem die Errichtung von Konsulaten „in dem Maße der Entwicklung des Handels und nach Vereinbarung mit der chinesischen Regierung“ zugestanden wird. Es versteht sich von selbst, daß China, in welchem sich schon seit Jahren ein grandioser Regenerationsprozeß vollzieht, nicht ohne weiteres die ungeheuren Privilegien Rußlands und seine bedingungslose Vorherrschaft in der Mongolei auch für die Zukunft zugestehen kann. Ohne die vertragmäßigen Handelsinteressen Rußlands beeinträchtigen zu wollen, besteht es auf seinem unzweifelhaften Recht, den Sivertrag nach gemeinamer friedlicher Vereinbarung zu erneuern. Diesem vollkommen unannehmbaren Bestreben setzt Rußland aber in der brutalsten Weise seine Drohungen, seine Kanonen entgegen, von dem Wunsche geleitet, sein militärisches Übergewicht zu neuen kriegerischen Abenteuern auszunutzen.

Aber wie in ihrer früheren Politik den „gelben Mackaken“, den Japanern gegenüber, verkennen die Petersburger Gewaltpolitiker auch jetzt sowohl ihre eigene Stärke, wie die Konsequenzen, die ihr Vorgehen nach sich ziehen muß. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die russische Regierung durch einen Gewaltstreik in der Mongolei und ihr Vordringen nach Nordindien und Tibet zu, ihre internationale Lage außerordentlich verschlechtern würde. Aber auch abgesehen davon bedeutet diese neue Herausforderung Chinas eine ganz enorme Gefahr für die Petersburger Regierung. Innerhalb des riesig großen chinesischen Reiches wächst neben der erstarkenden konstitutionellen Reformbewegung eine äußerst heftige antirussische Bewegung. Mag die russische Regierung diese Bewegung vorläufig verachtungsvoll ignorieren und die ihr günstig scheinende Konstellation zur Festigung ihres Prestiges gegenüber der erpansionslustigen Bourgeoisie auszunutzen suchen, die Zukunft wird sie belehren, daß es ebenso gefährlich ist, äußere Erfolge durch die Brutalisierung und Verbitterung eines mächtigen Nachbarn zu erkaufen, wie eine unumkehrbare Gewalt Herrschaft im Innern durch die Aufbietung der Bajonette gegen das eigene Volk zu begründen.

Das „Nowoje Wremja“ meldet aus Chabrin, daß fortgesetzt der Transport militärischer Frach-

ten auf der mandchurischen Bahn stattfindet und China neue Truppenkörper formiert. In der Nordmandschurei hat sich eine „Gesellschaft des gelben Tuches“ gebildet, die sich die Verreibung der Ausländer zur Aufgabe stellt. In russischen Botschaften und Finanzkreisen verfolgt man das Vorgehen Rußlands gegen China mit einer gewissen Unruhe. Die Börse beginnt nervös zu werden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

Im Reichstage wurde am Mittwoch zunächst die dritte Lesung der Hinausschiebungsnovelle zur Lex Trimborn vorgenommen. Der Fortschrittler Dove benutzte die Gelegenheit, um ein paar ganz wichtige Bemerkungen über die eigentümliche Art und Weise zu machen, wie am geistigen Tage der Reichstagsgeburtstag durch den Reichspräsidenten gefeiert worden war. Die schmachvolle Vorlage wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und Polen angenommen.

Dann ging es weiter in der Redebeilage. Der Agrarier Kossik bewußte sich unter der Heiterkeit der Linken, den Bund der Landwirte als eine Organisation, unpolitisch und unzulässig wie ein Engel vorzuführen. Natürlich will er nichts davon wissen, daß der Bund der Landwirte in Zukunft keine Propagandagelder mehr erhalten soll, in demselben Sinne, wenn auch nicht so ganz agrarisch ungeschlacht, wie der aus Berlin gebürtige Landwirt Kossik, äußerten sich der Nationalliberale Bärwinkel und der Reichsparteiler Urendt, der sehr überflüssigerweise ein großes Zeter-Mordio über angebliche Verschleppung der Reichstagsgeschäfte durch die Linke erhob. Eine vom liberalen Standpunkte aus sehr gute Rede hielt der Fortschrittler Gothein. Der Pole Kocfany nahm eine Art Mittelstellung zwischen den unbedingten Agrariern und der Linken ein. Zurzeit spricht Herr Heim vom Zentrum, der bekanntlich von den Polen in die Kommission gesandt wurde, weil seine eigene Fraktion ihm kein Kommissionsmandat gab. Wann und wie die Sitzung endigen wird, ist zurzeit nicht abzusehen.

Vierzig Jahre Reichsparlamentarismus.

Am 21. März feierte der Deutsche Reichstag seinen vierzigsten Geburtstag. Ein Rückblick auf die damaligen politischen Verhältnisse und ein Vergleich mit den heutigen zeigt, welche tiefgreifende Änderungen im Laufe der vier Jahrzehnte unter Wählern und Gewählten eingetreten sind. Die Wähler brachten zunächst dem Reichstage kein besonderes Interesse entgegen. Die Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum ersten Deutschen Reichstage am 3. März 1871 (war nur schwach; wenig über 50 Proz. der Wähler beteiligten sich. Von 7 656 273 Wahlberechtigten hatten nur 3 884 803 abgestimmt, ungefähr die Hälfte. Beinahe ein Drittel aller abgegebenen Stimmen (1 176 615) entfielen auf die nationalliberale Partei, 724 837 auf das Zentrum, 549 661 auf die Konservativen, 342 409 auf die Fortschrittspartei, 273 857 auf die (seit 1877 verschwundene) Liberale Reichspartei, 176 342 auf die Polen und 124 655 auf die Sozialdemokraten. Der Rest verteilte sich auf Welfen, Süddeutsche Volkspartei, Dänen, Partikularisten usw.

Wie anders bei der letzten Wahl im Jahre 1907. Von 13 352 880 Wahlberechtigten stimmten 11 303 537 ab, das sind 84,7 Proz. Also eine gewaltige Beteiligung des politischen Interesses in der ganzen Bevölkerung. Sie kam jedoch den einzelnen Parteien sehr verschieden zugute, was sich aus den Stimmenzahlen für die Parteien ergibt. An der Spitze steht jetzt die Sozialdemokratie mit 2 259 029 Stimmen; ihr folgt das Zentrum mit 2 179 743 Stimmen; die Nationalliberalen erhielten 1 630 581, die Konservativen 1 060 209, die Freisinnigen zusammen 1 233 933, die Reichspartei 471 863, die Polen 435 858, Antisemiten und Bündler zusammen 472 549 Stimmen. Der Rest verteilt sich auf die kleineren Gruppen.

Auch in der Zahl der Mandate sind große Verschiebungen zu verzeichnen. Der Vergleich des ersten Deutschen Reichstages mit dem gegenwärtigen ergibt folgendes Bild:

	1871	1911
Deutschkonservative	50	58
Reichspartei	38	25
Deutsche Reformpartei	—	3
Wirtschaftliche Vereinigung	—	17
Zentrum	60	105
Polen	13	20
Nationalliberale	116	50
Liberale Reichspartei	30	—
Fortschrittspartei	44	49
Sozialdemokraten	3	52
Bei keiner Fraktion	28	17

Ein Mandat ist noch unbesetzt. Die Mandatsziffer ist aber bekanntlich kein Maßstab für die Stärke der Parteien. Einmal sind die Wahlen von 1907 durch die Handlangerdienste der Liberalen für die Reaktion bei den Stichwahlen besonders ungünstig für die Sozialdemokratie beeinflusst worden, die 1903 bekanntlich schon 81 Mandate besaß. Dann ist die Wahlkreiseinteilung durch den verschiedenartigen Bevölkerungszuwachs zur höchsten Ungerechtigkeit ausgewachsen. Ohne diese würde die Parteigruppierung noch viel größere Differenzen in der Mandatszahl aufweisen.

Aber auch so sind sie bedeutend genug und ein Beweis für den Wandel der politischen Dinge. Mit Recht klagt das „B. L.“, daß sich der Wandel auf Kosten des Liberalismus vollzogen habe, der den Reichstag in den Anfängen seines Daseins beherrschte, heute aber nur noch einen geringen Einfluß hat. Nicht ohne eigene Schuld, wie das „B. L.“ zugestehet, das übrigens hofft, er werde durch eigene Kraft wieder hochkommen.

Die agrarische „Deutsche Tagesztg.“ weiß nichts Besseres zu tun, als das Subtilium des Reichstages durch einen heftigen Angriff auf das Wahlrecht zum Reichstage zu „feiern“. Sie schimpft sich in einem langen Artikel gründlich den Arger von der Seele und verrät damit nur, wie verhaßt dem Junker- und Agrariertum das wichtigste politische Recht der Volksmassen ist. Der Grimm ist gerade im gegenwärtigen Moment nur zu gut zu verstehen, drohen doch die ersten Wahlen im fünften Jahrzehnt der Existenz des Deutschen Reichstages für die Reaktionäre aller Farben ein schlimmer Gerichtstag zu werden, der abermals dem Reichstage in seiner Zusammenfassung ein wesentlich anderes Gesicht geben wird.

Aus dem Seniorenkongress.

Der Seniorenkongress beriet am Mittwoch über die Verteilung der Geschäfte. Der Präsident wünschte, daß am Mittwoch die Kalifrage zu Ende beraten werde und schlug dann vor, den 23. und 24. März für die Beratung des Reichskolonialamtes und der Schutzgebiete festzusetzen. Bei dieser Beratung soll die Diamantenfrage ausscheiden oder auch einer Subkommission überwiesen werden. Der 25. und 27. März sollen sittingsfrei bleiben. Am 28. März sollen die Etats der Reichseisenbahnen, der Reichsdruckerei und des Reichstages beraten werden, am 29. März der Etat der Zölle, des Reichsschatzamtes und des Pensionsfonds. Die Tage vom 30. März bis 1. April sind für den Etat des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes vorgesehen; am 4. und 5. April kann die Beratung des Gesamtetats erfolgen.

Darauf hat der Präsident die Wünsche der Regierung über die Beratung der einzelnen Gesetzentwürfe nach Offizern bekannt. Nach dem Wunsche der Regierung soll die Reichsversicherungsgesetzgebung mit dem Einführungsgefeß bis zu den Pfingstferien, bis zu dem 2. Juni entschieden werden. Angekündigt wurde, daß die Regierung zum 10. Oktober den Reichstag zu einer Herbstsession einberufen wird, in der der Verfassungsentwurf für Elsaß-Lothringen, der schwedische Handelsvertrag, die Fernspreckgebühren und das Patentgesetz erledigt werden sollen. Ebenso wird an die Erledigung der Justiznovellen und des Privatbeamtenversicherungsgesetzes gedacht.

Die Parteien waren sich einig, daß bei dieser Kontingierung die Beratung der einzelnen Etats sehr knapp bemessen sei und daß es sehr schwierig sein werde, bis zum 5. April alles zu erledigen. Der Vorschlag, vielleicht bis zum 7. April oder bis in die Osterwoche hinein zu tagen, wurde sehr skeptisch aufgenommen. Man hofft aber die Vorschläge bis zum 7. April zu erledigen. Darauf sollen die Osterferien bis zum 2. Mai eintreten.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus beriet am Mittwoch neben kleineren Vorlagen in erster Linie den Gesetzentwurf über die Feuerbestattung. Der Entwurf wurde einer Kommission überwiesen, doch sind keine Chancen äußerst geringe, obwohl er nur die fakultative Feuerbestattung vorsieht. Die Redner des Zentrums und der Konservativen machten lebhaft Bedenken gegen den Entwurf geltend. Der konservative Redner erklärte, daß die Regierung dadurch mit raucher Hand in das Empfinden weiter Volkskreise eingreife, und der Zentrumsvertreter erblickte in der Vorlage sogar eine Bekämpfung des Christentums. Auch ein Teil der Freikonservativen bringt dem Entwurf keine Sympathien entgegen. Günstige Aufnahme fand der Entwurf nur auf der Linken, die sich im großen und ganzen mit ihm einverstanden erklärte. Die Stellung der Sozialdemokratie zur Feuerbestattungsfrage entwickelte Genosse Hoffmann. Es handele sich um keine Prinzipienfrage. Genosse Hoffmann wies die Einwände gegen die Feuerbestattung zurück und beleuchtete die zahlreichen Mängel des Entwurfs. Wie sich die Fraktion zur Vorlage stellen werde, hänge von ihrer endgültigen Fassung ab. Im Prinzip müsse eine reichsgesetzliche Regelung der Frage verlangt werden. — Am Donnerstag wird die dritte Lesung des Etats erledigt werden.

Dr. Heims Gegenwehr.

Abg. Dr. Heim veröffentlicht im „Bayrischen Kurier“ eine längere und äußerst scharfe Erklärung gegen die letzte Entgegnung der Berliner Zentrums-Parlaments-Korrespondenz. Dr. Heim wendet sich mit großer Schärfe gegen die Sage, in denen es heißt, Heim wolle doch wohl nicht behaupten, daß ihn die Kalifrage nur als Abgeordneten berühre. Man müsse vielmehr annehmen, daß er an den Erträgen seiner Zentralgenossenschaft beteiligt sei und daß er daher auch persönlich an der Verteilung der Gelder interessiert sei. — Dr. Heim widerlegt in seiner Erklärung eingehend diese Unterstellung und sagt dann: Die Infamiation, daß ich nur in Berlin erscheine, wenn ich persönliche Interessen dort zu vertreten hätte, ist eine Gemeinheit und zwar eine bewußte Gemeinheit. Dr. Heim erwartet den Schutz der Leitung der Zentrumsfraktion und fragt entrüstet, warum man ihm solche Dinge, wie sie jetzt in der Zentrums-Parlaments-Korrespondenz angedeutet wurden, nicht in der Fraktionsführung vom 17. d. Mts. vorgehalten hätte, Augen in Frage.

Sammelhefnacht.

Die „Post“ trauert, daß der Verfassungsentwurf für Elsaß-Lothringen nach dem „unfeliigen Zwiespalt, der seit der Reichsfinanzreform sich aufgetan hat“, die Hoffnung zusehender gemacht habe, die bürgerlichen Parteien zu gemeinamer Arbeit zusammenzuführen. Der Gesetzentwurf sei im Gegenteil zu einem neuen gefährlichen Zankapfel geworden, habe in den nationalen Parteien, die treu und fest zur Regierung stünden, große Beunruhigung hervorgerufen und außerdem beginne das Vertrauen zu Bethmann-Hollweg „nach dem schwer verständlichen Zurückweichen in dieser Frage“ immer mehr zu schwinden.

Etwas mehr Sammel-Erfolg verspricht sich die „Post“ von dem Gesetze über den Erwerb und Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit. Hier liege eine Frage vor, die tatsächlich in der Lage ist, nicht nur die nationalen, sondern alle bürgerlichen Parteien zusammenzuführen. Und in brennender Ungeduld, endlich einmal alle bürgerlichen Parteien vor einen Karren gespannt zu sehen, um dann die fröhliche Fahrt gegen die Sozialdemokratie dirigieren zu können, brängt die „Post“ die Regierung eifervoll, jenes Gesetz nicht länger zu verzögern.

Auch aus solchen höchst kuriosen Rezepten spricht die Angst vor der kommenden Abrechnung.

Dernburg auf dem Kriegspfade.

Der frühere Staatssekretär Bernhard Dernburg hat eine Broschüre „Kapital und Staatsaufsicht“ erscheinen lassen, die sich gegen den Handelsminister Sydow und gegen die neuesten finanzpolitischen Bestrebungen des Zentrums wendet. Die Arbeit beschäftigt sich eingehend mit der Frage der „Überschwemmung des inländischen Marktes mit Auslandswerten“ und verneint die Frage der staatlichen Einmischung in die Zulassung ausländischer Wertpapiere. Dernburg wendet sich gegen die Stellungnahme der preussischen Regierung, die sich vor kurzem im Interesse des heimischen Kapitalmarktes gegen die Zulassung der Chicago Milwaukee Shares ausgesprochen hat und meint, durch diese Stellungnahme der Regierung würden bedeutende nationale Interessen verletzt. Wörtlich äußert Dernburg:

„Das Studium der Frage hat mich zur Überzeugung gebracht, daß durch die Stellungnahme der Regierung große nationale Interessen verletzt werden, daß ein wichtiges Instrument deutscher Macht durch die willkürliche Behandlung, die ohne den Willen des Handelsministers die Folge seiner Theorie sein muß, stumpf und wertlos gemacht werden kann. Und wenn es mir durchaus nicht leicht ist, einem von mir sehr verehrten früheren Kollegen hier entgegen zu treten, so erscheint mir die Frage doch zu wichtig, als daß sie vor diesem Gesichtspunkt haltmachen darf, insbesondere, weil ich mir ehrlich bewußt bin, nicht gegen Personen, sondern gegen Meinungen und Anschauungen zu kämpfen, deren Unrichtigkeit im Interesse des Vaterlandes je eher je besser nachgewiesen werden muß.“

Bei der Untersuchung der Einwendungen des preussischen Handelsministers gegen die Zulassung der amerikanischen Eisenbahnaktien kommt Dernburg dann zu dem Ergebnisse, der Weg, den der Minister gezeigt habe, sei im höchsten Grade gefährlich; er könne nur zur Willkür, Unsicherheit und dilettantischer Behandlung führen. „Dabei ist es sehr zweifelhaft, ob sich der Minister mit seinen Anweisungen auf gesetzlicher Basis befindet.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ meint, es sei einigermaßen ungewöhnlich, daß sich ein früherer Staatssekretär auf solche Weise in einen scharfen Gegensatz zu den Regierungsstellen setze. Wahrscheinlich würden die in Frage kommenden Regierungsstellen das nicht allzu tragisch nehmen, da sie ja Dernburg und seine frühere Tätigkeit, auch die im Bankwesen, genügend kennen. In nationalen Kreisen werde die Schrift Dernburgs wahrscheinlich die Befriedigung darüber vertiefen und vermehren, daß der Verfasser nicht mehr in der Lage sei, an amtlicher Stelle zu wirken.

Die Siegener Stichwahl.

Der Ausfall der Stichwahl hat allgemein überrascht. „Endlich ein Sieg“ lautet der Refrain des Jubelredes, das die Presse des Schnapsblocks anstimmte. „Endlich einmal keine Niederlage“, wäre entschieden passender. Man erblickt in dem Wahlausfall ein Sich-näher-Treten der bürgerlichen Parteien, der Gedanke des einseitigen Blockes aller bürgerlichen Parteien taucht wieder auf. Die „Kreuzzeitung“ ist über den Wahlausfall sehr erfreut, kann es sich aber doch nicht verkneifen, den Fortschrittler einen Fußtritt zu verfehen. Sie sagt:

Nicht allein aus den Gründe freuen wir uns darüber, daß der Wahlkreis den rechtsstehenden Parteien erhalten geblieben und daß überhaupt ein neuer Mandatgewinn für die Sozialdemokratie abgewehrt worden ist, sondern hauptsächlich deshalb, weil in der liberalen Wählerchaft das Bewußtsein aufzuwachen beginnt, daß die Fortschrittliche Volkspartei ein schönes Spiel treibt, wenn sie darauf ausgeht, ein bürgerliches Mandat nach dem andern auszuliefern.

Auf den gleichen Ton sind die Auslassungen der „Deutschen Tageszeitung“ gestimmt, die das Verdienst, daß der Antijemist gewählt wurde, für die ländliche Wählerchaft in Anspruch nimmt. Die „Post“ mißt dem Wahlausfall die Bedeutung eines symptomatischen Vorganges bei, der erkennen lasse, daß die Fortschrittliche Wählerchaft vernünftiger sei, als ihre Führer. Das Organ des unverfälschten Kadaver-Antijemismus, die „Tägliche Rundschau“, stimmt natürlich ein Freudengeheul an. Dagegen bedauert die fortschrittliche Presse den Wahlausfall. Die „Berliner Volkszeitung“ erblickt darin einen Mangel an Parteizucht bei den fortschrittlichen Wählern. Die „Postische Zeitung“ sagt ihr Urteil dahin zusammen:

„Allein ist auch die Reaktion gestern in Siegen nicht aufs Haupt geschlagen worden, hat sie dank einer gewaltigen Kräfteanstrengung ihrer Anhänger um dem kläglichen Umfall einer Reihe schändlicher Gestalten ihren Besitzstand gewahrt; es ist noch nicht alle Tage abend, und bei den allgemeinen Wahlen sehen wir uns wieder.“

Das „Berliner Tageblatt“ schließt sich diesem Urteil an, behauptet das Behalten eines Teiles der fortschrittlichen Wähler, um dann einen recht einseitigen Angriff gegen die Sozialdemokratie zu richten. Das Blatt schreibt wörtlich:

„Aber, daß die Sozialdemokratie mit Herrn Beckmann nicht viel Staat machen konnte, das sollte sie sich eigentlich selbst sagen, und die unbefangenen Sozialdemokraten haben es sich wohl auch gesagt. Wer Herrn Beckmann selbst gehört hat, der hatte keinen sehr günstigen Eindruck von diesem sozialdemokratischen Kandidaten. Und hier berührt man einen sehr wunden Punkt der ganzen sozialdemokratischen Wahlmacht. Die Beckmänner werden gewöhnlich in den Vordergrund geschoben. Jemand, welcher kleine Parteibeamte, die von der Leitung völlig abhängig sind, müssen kandidieren und werden vielfach auch in dem Reichstag gewählt, in dem sie allerdings nichts zu sagen, sondern nur zu stimmen haben. Man hat hier ein rötel Gegenstück zu der Landtagsfraktion auf der Rechten.“

Eine Belohnung von 2000 Mark

Die Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in einem Aufruf im heutigen „Vorwärts“ denjenigen zu, der die beiden Mordbuben, die den unbeteiligten Arbeiter Hermann aus Anlaß der Moabitler Krawalle derart mit ihren Polizeifädeln mißhandelten, daß er an den Folgen dieser brutalen Behandlung verstarb, dem Parteivorstand derart bezeichnen, daß ihre strafrechtliche Verfolgung möglich ist. — Da die Polizeibehörde in Berlin bis heute die beiden Mörder noch nicht ausfindig gemacht hat, wird hoffentlich Herr v. Sagow dem Parteivorstand Dank dafür zollen, daß er ihm in dieser Weise zu Hilfe kommt.

Italien.

Nachträgliches zum Mordbade von Bari. Dieser Tage beginnt in Bari der Prozeß gegen 22 Arbeiter, die wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt angeklagt sind, deren sie sich am 10. August, dem Tage des berüchtigten Blutbades, schuldig gemacht haben sollen. Die Karabinieri, die an jenem Tage gegen das Volk gewütet haben, wurden, wie wir feinerzeit meldeten, in der Vorunter-suchung freigesprochen. Dieser Freispruch erscheint nun in seiner ganzen Ungeheuerlichkeit, wenn man die Anklageschrift des Staatsanwalts liest, die dieser in der geheimen Voruntersuchung vorgelegt hat, und die der „Avanti“ vom 16. d. Mts. veröffentlicht. Aus ihr geht hervor, daß die Karabinieri ohne Not geschossen haben, auch gegen Leute, die ihnen den Rücken wandten und nach längerem Ziehen. Der Karabinier Moscatelli schuß zweimal nach einem Arbeiter, der ihm den Rücken wandte, zer-schmetterte ihm beim zweiten Schuß den Schädel und drehte sich dann gegen den Leutnant Lucante mit den Worten: „Einen hätte ich geliebt.“ Weiter heißt es in der Schrift des Staatsanwalts, daß die Karabinieri immer nach den Köpfen der Menschen zielten und sogar von den Polizisten aufgefordert wurden, dies nicht zu tun. Trotz dieser Aufforderung wurden noch zwei Arbeiter erschossen. Dem erwähnten Moscatelli wurde von seinem Offizier das Gewehr abgenommen, weil der Offizier fürchtete, daß sein Untergebener trotz der Order weiter schießen würde. Und diese Bluthunde hat mau unter dem Vorwande der Notwehr freigesprochen!

Rußland.

Stolypin bleibt Ministerpräsident. Gestern ist ganz unerwartet ein völliger Umschwung in der Ministerkrisis eingetreten. Der Zar sandte heute den Adjutanten Dedjulin zu Stolypin, der ihm überreichte, Premierminister zu bleiben. Die reine Komödie!

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 23. März.

Zum Ausstand im Tapeziergewerbe. Wir wollen darauf hinweisen, daß Maler, welche während des Streiks tapezieren, damit selbstverständlich Streitarbeit leisten. Die Bauarbeiter werden ersucht, nach den Legitimationstafeln zu fragen.

Die Streikleitung.

Die diesjährigen Frühjahrskontrollversammlungen für das Gebiet der Freien und Hansestadt Lübeck finden statt: A. In Kurau beim Hause des Gastwirts Schulz, Am Montag, dem 3. April 1911, vorm. 8.45 Uhr, für die Mannschaften aus den Gemeinden Kurau, Dissa, Krumbek und Mallendorf. B. In Travemünde beim Hotel „Stadt Kiel“, Kurgartenstr. Am Montag, dem 3. April 1911, vorm. 10.50 Uhr, für die Mannschaften aus den Gemeinden Travemünde, Brodten, Dummerdorf, Gneversdorf, Herren-wyl, Svendorf, Klänisch, Wöppendorf, Könnau und Leuten-dorf. C. Für die im Kreise Herzogtum Lauenburg gelegenen Lübeckischen Ortshaften. 1. In Rabeburg, Vorstadt am dem Sabege. Am Mittwoch, dem 5. April 1911, vorm. 9.45 Uhr, für die Mannschaften aus den Gemeinden Abs-felde, Behlendorf, Giefensdorf, Harmsdorf und Hollenbeck. 2. In Mölln, auf dem Berge neben dem Kirchhof. Am Sonnabend, dem 8. April 1911, vorm. 9.15 Uhr, für die Mannschaften aus der Gemeinde Tramm. 3. In Basthorst, beim Galthause F. Schubart. Am Dienstag, dem 11. April 1911, nachmittags 4 Uhr, für die Mann-schaften aus den Gemeinden Gr.- und Kl.-Schretflaten. 4. In Krummsee, vor dem Hause der Witwe Dohrendorf. Am Mittwoch, dem 12. April 1911, vormittags 9 Uhr, für die Mannschaften aus den Gemeinden Beidenorf, Blanken-see, Kronsförde, Dückelsdorf, Krummsee, Moorgarten und Sterktrabe. 5. In Nulle, bei dem Hause des Gemeinde-vorstehers Bütt. Am Mittwoch, dem 12. April 1911, mittags 12 Uhr, für die Mannschaften aus den Gemeinden Nulle, Rikerau und Poggensee. D. In Lübeck, Restaurant „Fochenhof“ (Burgfeld), 1) Dienstag, den 18. April 1911, vormittags 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der In-fanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahresklasse 1898. 2) Dienstag, den 18. April 1911, vormittags 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahresklasse 1899. 3) Dienstag, den 18. April 1911, mittags 12 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahresklasse 1900. 4) Mittwoch, den 19. April 1911, vormittags 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahresklasse 1901. 5) Mittwoch, den 19. April 1911, vormittags 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahres-klasse 1902. 6) Donnerstag, den 20. April 1911, vormittags 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (aus-schließlich Krankenträger) der Jahresklasse 1903. 7) Donner-sdag, den 20. April 1911, vormittags 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahresklasse 1904. 8) Freitag, den 21. April 1911, vor-

mittags 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahressklasse 1905. 9) Freitag, den 21. April 1911, vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahressklasse 1906. 10) Sonnabend, den 22. April 1911, vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahressklasse 1907. 11) Sonnabend, den 22. April 1911, vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahressklassen 1908 und 1909 sowie die zur Disposition der Ersatzbehörden entlassenen Mannschaften der Infanterie. 12) Montag, den 24. April 1911, vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Spezialwaffen der Jahressklassen 1898 und 1899. Zu den Spezialwaffen gehören: Jäger, Maschinengewehrtruppen, Kavallerie, Feldartillerie, Fußartillerie, Pioniere, Eisenbahn-, Telegraphen-, Luftschiffer- und Kraftfahrtruppen, Trainausführpersonal, Trainsgemeine, Trainjoldaten, Pferdewärter, Militärkinder, Krankenträger, Unterärzte, Sanitätsmannschaften, Krankenwärter, Weisliche, Unter- und Militärärzte, Unteroffiziere, Fahnen- und Beschlagschmiede, Büchsenmachergehilfen, Waffenschmiedehilfen, Unterzahlmeister, Zahlmeisteraspiranten, Zeug- und Feuerwerkspersonal, Defonomethandwerker und Arbeitsjoldaten. 13) Montag, den 24. April 1911, vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Spezialwaffen (siehe vorstehende Erläuterung) der Jahressklassen 1900 und 1901. 14) Dienstag, den 25. April 1911, vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Spezialwaffen (siehe Erläuterung unter Nr. 12) der Jahressklassen 1902 und 1903. 15) Dienstag, den 25. April 1911, vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Spezialwaffen (siehe Erläuterung unter Nr. 12) der Jahressklassen 1904 und 1905. 16) Mittwoch, den 26. April 1911, vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Spezialwaffen (siehe Erläuterung unter Nr. 12) der Jahressklassen 1906, 1907, 1908 und 1909 sowie die zur Disposition der Ersatzbehörden entlassenen Mannschaften der Spezialwaffen. 17) Mittwoch, den 26. April 1911, vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Garde (Jahrgänge 1898 bis 1910) einschließlich der zur Disposition der Ersatzbehörden entlassenen. 18) Donnerstag, den 27. April 1911, vormittags 9 Uhr, für sämtliche Ersatzreservisten der Jahressklassen 1898 und 1899, 19) Donnerstag, den 27. April 1911, vormittags 11 Uhr, für sämtliche Ersatzreservisten der Jahressklassen 1900 und 1901. 20) Freitag, den 28. April 1911, vorm. 9 Uhr, für sämtliche Ersatzreservisten der Jahressklassen 1902 und 1903. 21) Freitag, den 28. April 1911, vorm. 11 Uhr, für sämtliche Ersatzreservisten der Jahressklassen 1904 und 1905. 22) Sonnabend, den 29. April 1911, vorm. 9 Uhr, für sämtliche Ersatzreservisten der Jahressklassen 1906 und 1907. 23) Sonnabend, den 29. April 1911, vorm. 11 Uhr, für sämtliche Ersatzreservisten der Jahressklassen 1908, 1909, 1910 und 1911. Befreiung von der Kontrollversammlung wird nur in dringenden Fällen erteilt. Befreiungsgesuche, welchen stets der Nachweis beizufügen ist, sind so rechtzeitig dem Bezirksfeldwebel einzufenden, daß der Bescheid dem Besuchsteller noch bis spätestens am Tage vor der Kontrollversammlung behändigt werden kann. Sämtliche Militärpapiere sind mitzubringen. Die Jahressklasse, zu welcher ein Mann gehört, ist unten auf der ersten Seite des Nachdeckels angegeben. Nichterfahrene sowie Bestellung zu einer falschen Kontrollversammlung wird mit Arrest bestraft.

Arbeiterisiko. Zwei recht bedauerliche Unfälle ereigneten sich gestern nachmittag wieder im Betriebe der Liebeder Maschinenbaugesellschaft. Der dort beschäftigte Dreher Haberstroh geriet beim Einspannen mit der rechten Hand in die Drehbank, wobei ihm die beiden ersten Glieder des Zeigefingers abgerissen wurden. Auch die Sehne wurde lang aus dem Finger herausgerissen. Herr Dr. Schlomer leistete dem Verletzten ärztliche Hilfe. Dieser Unfall hatte sich gegen 4 1/2 Uhr zugetragen. Eine Stunde später wurde dem Schmiid Zinter vom Rustruchhammer der Zeigefinger der linken Hand aufgerissen. Auch D. mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

pb. Verhör. Festgenommen wurde ein Matrose aus Tvorokau, der dringend verdächtig ist, aus dem Mannschafstakt des im hiesigen Hafen liegenden Dampfers „Rhea“ eine Taschenuhr gestohlen zu haben.

pb. Fahrraddiebstahl. Am 22. d. Mts. zwischen 5 und 6 Uhr abends ist aus dem Keller des Hauptpostamtes ein Fahrrad, Marke „Deutschland Teutonia“, mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, Freilauf, mit Rücktrittsbremse, nach oben gebogener Lenkstange, schwarzen Schutzblechen und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 1102 abhandlungsgeworden und vermutlich gestohlen worden. Die Vordergabel ist eingeknickt. Am Rade und am hinteren Schutzblech steht der Name des Fabrikanten: „August Stückenbrock-Vinbeck“.

Der Dilettanten-Klub „Freiheit“ veranstaltet am Freitag, dem 24. März im Lokale Neulauerhof einen lustigen Theaterabend. (Siehe Inserat.)

Neues Stadt-Theater. Man schreibt uns: Morgen Freitag gelangt Offenbachs Oper „Hoffmanns Erzählungen“ zur nochmaligen Aufführung. Den Hoffmann singt Herr Viktori. — Am Sonnabend geht in neuer Einstudierung Franz Lehars Operette „Die lustige Witwe“ in Szene. — Am Sonntag findet die erste Vorstellung im „Mozart-Theater“, „Don Juan“ statt und zwar gleichzeitig mit einem Gastspiel des Kammerjägers Francesco d'Andrade als Don Juan.

Schwartzau-Menschen. Die Sprechstunde des Arbeiterssekretariats findet morgen, Freitag, den 24. März 1911, abends von 5 bis 7 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Pinkert, Gasthof „Transvaal“, statt.

w. Wölln. Reichsverbändlerische Wahllegislation. Neben der intensiven Agitation, die seitens der bürgerlichen Parteien in Versammlungen im Wahlkreise getrieben wird, erscheint auch der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie mit einem Flugblatt auf dem Plane, in welchem zum Sammeln geblasen wird. — Wer nicht ganz und gar mit Blindheit geschlagen ist, oder in Parteiverblendung absichtlich die Augen verschließt, muß zugeben, daß die sozialdemokratische Gefahr in unserm Volke in den letzten Zeiten enger geworden ist denn je, heißt es in dem Flugblatt des Reichsverbandes und wir fragen: trotz des wahrhaftig skrupellosen Kampfes des Reichsverbandes? Wir brauchen unsere Leser nur zu erinnern an die Siegesparaden, die nach den letzten Reichstagswahlen seitens des Reichsverbandes gehalten wurden, daß es nur seiner Arbeit zu danken sei, wenn man die Sozialdemokraten niedergeritten habe und nur ihm werde es gelingen der Sozialdemokratie den Garauz zu machen, um diesen Stoßfeuer des Reichsverbandes verstehen und die Existenz des Verbandes als überflüssig betrachten zu müssen. Es ist die alte scharfmacherische Leier, die gebohrt wird. Durch das Ausnahmegesetz sollte die Sozialdemokratie tot gemacht, vernichtet werden und als dann die Verlängerungen des Gesetzes durchgeführt werden sollten — denn mit Ausnahmegeetzen kann nämlich jeder Gesel regieren — sagte man seitens der Scharfmacher, das Gesetz hat noch nicht geholfen, es muß noch verlängert werden und das Gesetz wurde solange verlängert bis eben auch dem blindesten ad oculus bewiesen war, daß die Sozialdemokratie mit solchem Gesetz wie über-

haupt mit Ausnahmegeetzen nicht niederzuringen sei. — Und genau dieselben Lüne finden wir beim Reichsverband: wir wollen helfen, es hat genügt, es war bisher unsonst, aber wir wollen weiter helfen, und so wird durch die Kampfesweise des Reichsverbandes die Volksseele weiter vergiftet und der Wahlkampf gegen unsere Partei, der leider in dem ländlichen Wahlkreise soziale nur in ganz beschränktem Maße zur Verfügung stehen, mit den blödesten Lügen und Verleumdungen geführt. — Zimmerführer greift die Partei des Umsturzes und der Forderung des Volkes alles an, was dem Deutschen wert ist, was ihm wert sein muß, wenn er nicht ehrlos sein will, heißt es in dem Flugblatt weiter. Armes, deutsches Volk, daß du dich vom Reichsverband, ausgesprochen vom Reichsverband, von der Liebertgarde befehlen lassen mußst was dir wert ist, was dir wert sein muß. Doch nein, ein großer Teil des deutschen Volkes hat begriffen und weiß was ihm wert sein muß, und dieser Teil des Volkes ist das in der Sozialdemokratie organisierte arbeitende Volk. Das hat begriffen, daß es des deutschen Volkes unwürdig ist Gräueltate, wie das Flugblatt des Reichsverbandes über sich ergehen lassen zu müssen, und dieser Teil des Volkes wird mit solchem Gelichter fertig werden wie es mit dem Ausnahmegesetz fertig geworden ist. Deshalb schlägt Euch der Sozialdemokratie an.

Hamburg. Die Straßenbahndirektion will den Kampf. Mit dem ganzen Brockenhochmut, der das auf Kosten anderer reichgewordene Unternehmertum auszeichnet, lehnt die Direktion der Hamburger Straßenbahn es ab, mit ihren Angestellten in Verhandlungen zur friedlichen Beilegung der schwebenden Differenzen einzutreten. Sie hat an das Personal einen Ukas erteilen lassen, in dem gesagt wird, daß sie im Falle eines Streiks die vom Personal gestellten Kauttionen in Höhe von 40 000 Mk. dazu verwenden werde, den erwachsenen Schaden zu decken. Geradezu komisch wirkt die Bemerkung, daß sich schon jetzt unter Hinweis auf den drohenden Streik außerordentlich viel Arbeitswillige gemeldet hätten. Wir sind überzeugt, die Hamburger Straßenbahndirektion wird an diesen Elementen ebensowenig Freude erleben, wie seinerzeit die Direktion der Bremer Straßenbahn beim Streik der Straßenbahner. Sodann wird im Ukas zum so und sovielen Male behauptet, daß die Straßenbahner auf das Koalitionsrecht gesetzlich keinen Anspruch erheben könnten, die Direktion werde aus diesem Grunde den Angeklagten nicht die Zugehörigkeit zum Verbande gestatten. Der letzte Absatz der Bekanntmachung ist dann nichts weiter als eine lächerliche Verunglimpfung des Verbandes. Die Straßenbahner haben der Direktion die Hand zu einem ehrlichen Frieden geboten. Die Direktion stößt diese Hand zurück, sie droht und löbter weiter und hegt so zielbewußt zum Streik. Erst gestern sollten wieder zwei Angestellte vom Bahnhof Horn ohne Angabe von Gründen entlassen worden sein. Treibt sie die Provokation so weiter, so kann es leicht noch zum Kampf kommen. Dann aber soll die Straßenbahndirektion sich hüten, mit ihrem aus einbehaltenen Kautionsgeldern bezahlten Streifbrechergehilfen die Hamburger Bevölkerung aufs änderste gegen sich aufzubringen.

Hamburg. Totgequatscht. Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich am Mittwoch nachmittag kurz vor 4 1/2 Uhr am Reihertieddam. Dort geriet der in der Hohenstraße wohnende Rangierer Gerhard Cordes zwischen die Puffer zweier Eisenbahnwaggons. Dem unglücklichen Mann wurde der Brustkorb eingedrückt. Als die Feuerwehr anrückte, war der Mann bereits gestorben.

Hamburg. Vom Schützenbruder erschossen. Der tragische Zwischenfall, der sich am 16. Juli 1909 hier auf dem Festplatz des Bundeschießens ereignete, gab noch zu einem Prozesse Veranlassung, den die Witwe des getöteten Schützen Schmidt aus Gesehen angestrengt hatte. Und zwar waren von ihr angeklagt: 1. der Fabrikant Danwerth, aus dessen achilles weggelegtem, geladenem Gewehr der tödliche Schuß gefallen war; 2. der Deutsche Schützenbund Nürnberg; 3. die Hamburger Schützengesellschaft und der Hauptausschuß des Bundeschießens von 1909. Der Prozeß endete jetzt mit einem Vergleich, worin der Deutsche Schützenbund sich verpflichtet, 7100 Mk. an die Klägerin sofort zu zahlen, während der Hauptausschuß ihr den Betrag von 7900 Mk. zahlt. Von der Internationalen Unfallversicherungsgesellschaft in Wien erhielt die Witwe Schmidt außerdem noch 12 000 Mk., verzichtet aber auf alle weiteren Ansprüche. Die Kosten des Verfahrens wurden unter die Beklagten verteilt.

Güstrow. Wegen versuchten Raubmordes haben sich vor dem Schwurgericht zu verantworten der 26-jährige Diener Bruno Herrmann und der 23jährige Vertreter Wilhelm Hellmann, beide sind noch unbestraft. Hellmann allein wird außerdem noch ein Betrugsversuch und eine versuchte Erpressung zur Last gelegt. Herrmann allein ist noch wegen eines einfachen Diebstahls angeklagt. Die Angeklagten sind im großen und ganzen geständig. Die Beweisaufnahme ergibt folgendes: Herrmann ist vom Oktober 1901 bis Ende 1908 Diener auf dem Gute Finken bei Köbel gewesen. In Finken hat er zuerst die Bekanntschaft Hellmanns gemacht, dessen Eltern dort noch wohnen. Seit dem 5. Oktober 1910 ist er ohne Stellung. Herrmann wurde fast auf allen Stellen, die er nach seiner Entlassung vom Militär gehabt hatte, entlassen, weil er angeblich unzuverlässig war. Eine Stelle hat er auf Grund eines von ihm selbst gefertigten vorzüglichen Zeugnisses erhalten. Am 29. Dezember kamen die beiden Angeklagten nach Malchow. Am nächsten Morgen ging Hellmann frühzeitig fort, nachdem er sich von seiner Schwester, bei der er eingekerkert war, seinen früher bei ihr zurückgelassenen Revolver hatte geben lassen. Sie fragte ihn dabei, was er mit dem Revolver wolle, worauf sie aber keine Antwort erhielt. Dann holte er Hellmann ab. Beide gingen hierauf über Grüßow, Rogel und Rogeez an die Gausee Man, Köbel und weiter nach Finken zu. Auf der Feldmark Leizen verbargen sie sich in einem Lannengebüsch unmittelbar an der Gausee. Sie hatten es abgesehen auf das Fuhrwerk, das, wie ihnen bekannt war, an jedem Freitag von Finken nach Köbel fuhr. Dieses Fuhrwerk hatte in Köbel Besorgungen zu machen und insbesondere Geld für die am Sonnabend stattfindende Löhnung aus Köbel zu holen. Beides war den Angeklagten bekannt. Sie versteckten sich in dem Lannendickicht, um dem Kutscher das Geld abzunehmen. Nach 4 Uhr nachmittags kam auch richtig der Deputatknacht Wape mit dem Besorgungswagen von Köbel heran. Der Angeklagte Herrmann, dem Hellmann vorher den mit sechs scharfen Patronen geladenen Revolver gegeben hatte, lief auf den Wagen zu und rief dem Deputatknacht Wape mit vorgehaltenem Revolver wiederholt zu: Er solle den Beutel hergeben, sonst schicke er ihn tot. Wape glaubte, es handele sich um einen schlechten Scherz und erwiderte, er solle aus dem Wege gehen, sonst gebe es einen ins Gesicht. Herrmann aber wiederholte seine Drohung und drückte den Revolver ab, wie Wape deutlich an dem Knacken gehört haben will, der Schuß ging aber nicht los. Wape, der jetzt merkte, daß es Ernst sei, schlug mit seinem Weisfischstock nach dem Angreifer, und dieser schloß, während er, um dem Schlag zu entgehen, sich nach rückwärts beugte, auf Wape, die Kugel ist über dessen Kopf weggeschossen. Wape schlug

nun auf sein Pferd los, das dann davon jagte, der Angreifer schickte ihm aber noch eine Kugel nach, die seinen linken Unterarm an der inneren Seite durchbohrte. Der Angreifer lagte Hellmann gibt zu, daß sie schon in Malchin den Festschluß gefaßt haben, den Finkenischen Knecht zu überfallen. Darüber, was sie eigentlich mit dem Revolver gemollt haben, sprechen sie sich nicht genau aus. Beide stellen in Abrede, daß sie die Absicht gehabt haben, Wape zu töten; sie wollen nur beabsichtigt haben, ihn zu erschrecken und zum Stillhalten zu veranlassen. Damit, daß Wape, wenn er getroffen würde, den Tod davon hätte erleben können, wollen sie nicht gerechnet haben. Nach der Tat begaben sich die Angeklagten nach Malchow und von dort mit der Bahn nach Waren, von Waren aus wollen sie in der Nacht vom 30./31. Dezember nach Malchin zu Fuß gegangen sein. Hier gelang schon am 31. Dezember vormittags ihre Festnahme durch die Gendarmerie. Leute aus Rogel, die Hellmann kannten und ihn morgens gesehen hatten, hatten den Verdacht auf ihn gelenkt. Beide Angeklagte wurden zu einer Gefängnisstrafe von je zehn Jahren zu h t h a u s und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt, außerdem wurde in beiden Fällen auf Zulässigkeit der Polizeiaufsicht erkannt.

Burg a. S. Ein neues Irrelehreverfahren? Das Konsistorium in Kiel hat gegen den Hauptpastor Heydorn in Burg a. S. Fehmann eine scharfe Zurechtweisung erteilt, die im Amtsblatt des Konsistoriums veröffentlicht wird. Pastor Heydorn hatte vor einiger Zeit hundert Thesen veröffentlicht, die ihn als einen Mann zeigen, der in mancher Beziehung von der traditionellen Kirchenlehre abweicht. Das Konsistorium sagt nun wörtlich:

„Wir wollen Ihnen nicht verhehlen, daß Ihre Thesen sich vom lutherisch verstandenen Evangelium so weit entfernen, daß eine Verkündigung Ihrer Thesen mit den Pflichten eines evangelisch-lutherischen Geistlichen unvereinbar ist. . . . Wir ermahnen Sie, künftig auf Ihre Predigten größeren Fleiß zu verwenden und erwarten von Ihnen, daß Sie in Zukunft aller agitatorischen Propaganda für Ihre dem Evangelium und dem Bekenntnis widersprechenden, keineswegs ausgereiften Gedanken sich enthalten. Wir nehmen an, daß Sie sich selbst weder für befähigt, noch für berufen halten zum Reformator unserer Kirche oder unserer Theologie.“

Man kann hieraus erleben, daß die evangelische Kirche an Intoleranz in keiner Weise hinter der katholischen zurückbleibt. Ein Pastor, der eigene, sich nicht in dem oben be liebten abgefahrenen Gleise bewegende Gedanken hat und sie zum Ausdruck bringt, wird geküßelt wie ein Schulbube. Pastor Heydorn ist übrigens derselbe, der am Sonntag in einer Landarbeiterversammlung mit dem Genossen Bromme diskutierte und dabei den Landarbeitern den kuriosen Rat gab, eine Lehrzeit anzustreben und dann Innungen zu bilden.

Bremen. Aviatiker Müller verunglückt. Der Bremer Aviatiker Müller ist Dienstag vormittag bei einem auf dem neuen Landerselbe ausgeführten Flugversuche mit seinem Aeroplan eigener Konstruktion abgestürzt. Der Aviatiker brach beide Beine, sein Apparat ging zu Trümmer.

Oldenburger Landtag.

h. Am Mittwoch nahm der Landtag zu dem Besoldungs-Gesetz für die Zivilstaatsdiener Stellung. Bereits 1908 hatte die Regierung ein Gesetz vorgelegt, das einen Wohnungsgeldzuschlag zu dem Gehalt vorsch. Der Gesetzentwurf wurde damals vom Landtag zurückgewiesen und erklärt, daß er einer endgültigen Erhöhung der Beamtengehälter nur näher treten könne, wenn die Staatsregierung zugleich eine durchgreifende Vereinfachung der Staatsverwaltung anbahne.

Um dem dringenden Bedürfnis nach einer Gehaltserhöhung gerecht zu werden, beschloß damals der Landtag eine 6prozentige Gehaltserhöhung. Diesem Landtag lag nun die Denkschrift über die Frage der Verbilligung der Verwaltung vor, mit einer neuen Besoldungsordnung, die jedoch einen Wohnungsgeldzuschlag nicht mehr enthielt, sondern den 6prozentigen Gehaltzuschlag im wesentlichsten aufmeißt.

Der Besoldungsausschuß hat die Vorlage im wesentlichsten akzeptiert, ist jedoch insoweit von der Vorlage abgewichen, als versucht werden soll, die unteren Beamten schneller in den Genuß des Höchstgehalts gelangen zu lassen durch Gewährung einer höheren zweijährigen Zulage, um 25 Mk. mehr als sie die Vorlage enthielt. Hiergegen geht die Regierung besonders an, sie will nicht, daß die Unterbeamten so schnell, wie vom Ausschuss vorgeschlagen, in den Genuß des Höchstgehalts gelangen, da dadurch die Spannung zwischen Unter- und Mittel- und Oberbeamten in Bezug auf die Zulagejahre zu groß wird. Der Regierungskommissar meinte zu dieser Frage, es müßte die Aufgabe sein, die Beamten möglichst lange im Gefühl der möglichsten Aufbesserung ihres Gehalts zu erhalten. Die Sozialdemokraten erklärten demgegenüber, daß sie ihre Zustimmung zum Gesetz davon abhängig machen, daß erreicht wird, daß die Unterbeamten in ca. 10 Jahren in den Genuß ihres Höchstgehalts gelangen. Von einer Mehrheit des Ausschusses ist der Antrag gestellt, die Regierung zu eruchen eine Anpassung der Gehälter der Oldenburger Beamten an die Gehälter Preußens anzustreben. Hierzu erklärt die Regierung, daß es ihr richtiger schein, die Gleichstellung der Gehälter mit dem Reich anzubahnen.

In der Debatte gingen die Anschauungen über das, was an Gehältern gezahlt werden soll, und was zu der heutigen verteuerten Lebenshaltung geführt hat auseinander. Die Rigoristen hoben dabei vor allem hervor, daß die Erhöhung der Beamtengehälter schließlich zur Steuererhöhung führen müsse. Kurioserweise stimmten auch einige Liberale in dies Lied ein, worauf von sozialdemokratischer Seite treffend hervorgehoben wurde, daß niemand, der für Gehaltserhöhung eintritt, auch zugleich eine Steuererhöhung will; die Gehaltserhöhung wird sich ohne weiteres durchführen lassen, wenn der Staat nur versteht, seine Geschäftsführung durch Vereinfachung darauf einzurichten.

Zu einer längeren Auseinandersetzung kam es wegen eines Antrags auf Beseitigung der sogenannten Funktionszulage für die vortragenden Räte. Das Funktionszulagengesetz oder richtiger Anwesen hat dazu geführt, daß im Herzogtum 227 Beamte Funktionszulagen erhalten. Allgemein wurde die Forderung vertreten, daß ein Abbau der Funktionszulagen anzustreben ist. Von sozialdemokratischer Seite wurde hierbei darauf hingewiesen, daß ein sehr mißlicher Umstand darin besteht, daß der Beamte des Staates, welcher die Staatsaufsicht über die Landesbank ausübt, von der Bank keine Vergütung bekommt. Das Mißliche dieser Stellung wurde auch von anderer Seite anerkannt.

Die Beratung des Gehaltsgesetzes wird nicht beendet und auf Donnerstag vertagt.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung, Verleger: Th. Sch warz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.



Zur Konfirmation

empfehlen als
besonders preiswert:

Für Mädchen:
Schnürstiefel
fein Chromleder, mit u. ohne Lackkappen 650
In Chromleder — Derbyschnitt — mit Lackkappen, amerik. Form u. Absatz 750
echt Boxkalf, m. Lackkapp. 10.50, 9.50 ohne Lackkappen 790
echt Chevreau, m. Lackkapp. 10.50, 9.50 ohne Lackkappen 850
„Original-Goodyear-Welt“-Ausführ. in neuest. Modformen 12.50 1100

Für Knaben:
Schnürstiefel
in kräftigen Lederarten 7.50 650
mit Lackkappen, moderne Straßentiefel 10.50, 10.30, 9.90, 9.30 750
fein Boxleder, in mod., bequemen Formen 9.80, 8.80, 8.20 750
echt Boxkalf, vorzüglich im Tragen 10.90, 9.80, 9.40 880
„Original-Goodyear-Welt“-Ausführ., hocheleg. Fass. 12.50, 11.50 1100

Conrad Tack & Cie. Schuhwarenfabrik Burg b. Magdeburg. Verkaufskaus Lübeck: **Breite Strasse 47.**

Heinr. Beckmann

Schuhwarenlager Reiferstrasse 3 empfiehlt **Konfirmantenstiefel** von 5.90 Mk. an **Herren-Schnür-, Zug- u. Schnallenstiefel** Boxkalf 7.50 8.50 9.90 10.50 11.50 Mk.
Damen-Schnürstiefel Boxkalf und Chevreau 6.50 7.50 8.50 9.50 Mk.
Knaben- und Mädchen-Schnürstiefel Boxkalf und Chevreau No. 36-39 No. 31-35 6.90 5.25 5.75 6.90 No. 27-30 4.90 5.25 6.25 Mk.
Prima starke **Arbeitsstiefel und Schuhe** in jeder Preislage.
Rote Rabattmarken. Reparaturwerkstatt. Handarbeit.

Die Arbeiter-Garderoben aus dem Spezial-Geschäft von **Lübeck Otto Albers** Kohlmarkt 4 10 sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:
Leberhosen . . . 2.20—6.45
Maurerhosen . . . 2.60—6.75
Schlofferhosen . . 1.88—5.25
Überziehhosen . . 1.08—2.35
Zweit-Hosen . . . 1.68—3.25
leimene Jacken, Schräge u. gerade, 1.28, Kagen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mützen von 30 Pf. bis 1.88 Mk. Rote Lubecam.

Ein Posten **gute Gebirgsmäntel** Stück Mk. 6.50. O. Dortmund, Schwart. Allee 99.
Bilanzkartoffeln lange gelbe, per 100 Pfd. 3.50 Mk. Schützenstraße 36a.

Konsumverein für Lübeck und Umgegend. e. G. m. b. H.
Wahlversammlung für die Mitglieder der Warenabgabestelle in **Schwartau** am Freitag, dem 24. März 1911 abends 8 1/2 Uhr im Gasthof Transvaal in Schwartau. Tagesordnung: **Wahl von drei Mitgliedern für den Genossenschaftsrat.** Die Abgabe der Stimmen ist nur gegen Vorzeigung der Mitgliedsbücher gestattet. Um rege Beteiligung an den Wahlen ersucht **Der Vorstand.**

Konsumverein

für Stockelsdorf u. Umgegend e. G. m. b. H.
Für unsere Verkaufsstelle Fackenburg suchen wir zum 1. Mai d. J. **einen Lagerhalter.** Kautionsfähige Bewerber wollen ihre Offerte bis zum 1. April einreichen an **Den Vorstand.**

Zimmerlehrling

gesucht. Moiskinger Allee 59a.
Ein Junge, der Ostern die Schule verläßt, beim Milchwagen gesucht. Blanckstr. 8.
Ein Kaufmädchen gesucht. Matblumenstr. 5, III. r.
Gef. nettes Kaufmädchen Karlstraße 1.

Warum wird Kathreiners Malzkaffee von so vielen Ärzten täglich empfohlen?

Erstens: weil Kathreiners Malzkaffee wohlschmeckend und bekömmlich ist —
Zweitens: aber: weil er von Natur aus frei von allen schädlichen Stoffen ist.

Wegen dieser hygienischen Vorzüge verordnen Tag für Tag Hunderte und Tausende von Ärzten Kathreiners Malzkaffee an Herzranke, Nervöse, Magenleidende zc. — Ein Versuch würde auch Sie von den aromatischen Vorzügen des echten Kathreiners Malzkaffee überzeugen. Verlangen Sie aber ausdrücklich Kathreiners Malzkaffee!
Der Gehalt macht's!



Bratenschmalz

in gewöhnlicher guter Qualität, anstatt sonst 60, jetzt nur **50** Pfg. p. Pfund.
Auf sämtliche Wurst- und Fleischwaren 4% Rabatt. Verkauf in meinen Detailgeschäften.
Thüringer Wurst- u. Fleischkonservenfabrik August Scheere.

Metropol-Theater.

Heute Programmwechsel.
Das große Schauspiel
„Vorbestraft“.
Handlung tiefgreifend, spannend und weitere 10 Nummern sehenswert.
Der Kaufmann von Venedig.
Herrlich koloriert, großartige Handlung

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.

Zahlstelle Lübeck.
Mitglieder-Versammlung am Freitag, 24. März abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50-52. Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Vortrag des Kollegen M a d d e n über: Organisationsformen.
3. Verschiedenes.
Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck.
Mitglieder-Versammlung Sonnabend, 25. d. M. abends 8 1/2 Uhr präzis im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50-52. Tages-Ordnung:
1. Aufnahme von Kandidaten zur bevorstehenden Generalversammlung in Mannheim.
2. Bericht von der Genossenschafts-Bibliothek.
3. Bewilligung von Geldern aus der Lokalkasse.
4. Besprechung der von uns in diesem Jahre abzuhaltenden Vergütungen.
5. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Abstinentenbund

Versammlung am Freitag, dem 24. März, abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50-52.



Hansa Theater
Beginn d. Konzerts 8 Uhr. Anf. d. Vorstellung 8 1/4 Uhr.
Gastspiel des berühmten **Sylvester Schäffer jr.**
und das übrige Programm.
Vorverkauf bei Sager. Kohlmarkt.

Sozialdemokratisch. Verein Schlutup.

Sonntag, den 26. März, nachm. 5 Uhr:
Außerordentliche Versammlung bei Marks, „Gasthof zur Linde“ Tages-Ordnung:
Aufstellung der Kandidaten zur Gemeinderatswahl.
Es ist die Pflicht aller Genossen in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Vorstand.

Dilettanten-Klub Freiheit

Gr. theatralischer Abend Freitag, 24. März, im Lokale Neu-Lauerhof. Zur Aufführung gelangt:
1. De Haue Peter.
2. Der Agitator.
3. Zähneweh.
Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pfg. Kinder die Hälfte. Programm frei.
Das Komitee.

Stadthallentheater

Täglich abends 8 Uhr. Nur bis 31. März cr.
Gastspiel des Fritz-Steidl-Ensembles mit P. Linckes Sensationsschlagender Erfolg!
Sonntag, 26. März, nachm. 4 Uhr und abends 8 Uhr:
Die letzten 2 Sonntags-Aufführungen Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei Nagel, Markt 14, u. Roß, Kohlmarkt 13.

Neues Stadttheater

Freitag, 24. März, 7 1/2 u. 11 u. Sonntag, 26. März, 7 1/2 u. 11 u.
Hoffmanns Erzählungen. Oper von Jacques Offenbach. Sonnabend, 25. März, 7 1/2 u. **Neu einstudiert!**
Die lustige Witwe Operette von Franz Lehár. Sonntag, 26. März, 7 1/2 u. **Erhöhte Preise!**
1. Vorstellung im Mozart-Zyklus. Einm. Gastsp. d. Kgl. Kammerfürst. **Francesco d'Andrade.**
Don Juan. Große Oper von M. A. Mozart. Das für die 4. Vorstellung des Mozart-Zyklus zur Auszug gelangende Sonder-Abonnement ermäßigten Preisen wird bei Donnerstag nachm. 2 Uhr definitiv geschlossen.

Aus der Budgetkommission des Reichstages.

Am Dienstag wurde die Beratung des Etats für Kamerun fortgesetzt. An fortwährenden Ausgaben erfordert die Kolonie 86 Millionen, an einmaligen Ausgaben 60 000 Mk.; die Ausgaben des außerordentlichen Etats belaufen sich auf 12,4 Millionen, darunter 11 Millionen als 4. Rate für den Bau einer Bahn von Duala nach Njona, die im ganzen 44 Millionen kosten soll. Die Einnahmen sind folgende: Steuern 12 Millionen, Zölle 32 Millionen, Abgaben und Gebühren 743 050 Mk., Beiträge der Eingeborenen zur Unterhaltung der Leprakranken 10 000 Mk. An einmaligen Einnahmen sind Ersparnisse aus den Jahren 1908 und 1909 im Betrage von 1,7 Millionen vorhanden. Der Reichszuschuß für die Militärverwaltung beträgt 23 Millionen. Weiter muß eine Anleihe von 12,3 Millionen aufgenommen werden.

Die Südkameruner Plantagenbesitzer petitionierten um den Bau einer weiteren Bahn von Kribi nach dem Innern. Genosse Noske wandte sich energisch dagegen; die Kolonie sei sicher nicht in der Lage, noch die Last für eine zweite Bahn zu tragen. Weiter fragte Noske an, wie es um die 50 bis 60 farbigen Soldaten bestellt sei, die wegen Meuterei nach Südwestafrika verbannt worden seien. Abg. Goller hat diese Soldaten in Südwest besucht und gefunden, daß sie sehr gut, ja sogar „komfortabel“ untergebracht seien. Die Leute hätten einen sehr guten Eindruck gemacht, sodaß die Annahme berechtigt sei, man habe sie durch scharfe Behandlung zur Meuterei veranlaßt. Oberst v. Gladenack erklärte, die Meuterei sei nur wegen der Frauen ausgebrochen. Die „Meuterer“ seien eigenmächtig aus ihrem Lager abmarchiert, um sich beim Gouverneur zu beschweren. Sie seien schließlich ohne Blutvergießen zur Umkehr veranlaßt und Lebenslänglich nach Südwest verbannt worden. Wegen einer Kapalle wurde also eine ungeheuerliche Strafe verhängt. Der Staatssekretär sagte eine Prüfung und eine eventuelle Begnadigung der Meuterer zu.

Genehmigt wurde, daß die Negerkinder mit der gleichzeitigen Erlernung der lateinischen und deutschen Schrift gequält werden. — Für die neuen farbigen Kompagnien und die 15 Stationen in Kamerun sollen in Zukunft 33 Maschinengewehre vorhanden sein; für jede Kompagnie zwei, für jede Station ein Gewehr. Dreißig solcher Massenmordinstrumente sind bereits in Kamerun, von denen jedes einschließlich Munition und Fracht 10 000 Mk. kosten soll. Früher kosteten die Gewehre noch mehr. Aus der Mitte der Kommission wird nachgewiesen, daß ein Gewehr in Spandau für rund 1000 Mark hergestellt wird; die Gewehre also mit Munition und sonstiger Ausrüstung auf höchstens 18 000 Mk. zu stehen kommen können. Ein Major der Schutztruppe erklärte hierauf, daß die Anschaffung der Gewehre mit 22 000 Mk. möglich sei; die Summe wurde dann bewilligt.

Eine längere Debatte entspann sich über den Bahnbau von Duala nach Njona, wobei die bewilligungslustigen Kolonialschwärmer recht pessimistische Andeutungen zum Ausdruck brachten und die Tracierung so mancher Kolonialbahn als so verkehrt bezeichneten, daß ihr wirtschaftlicher Nutzen geradezu in Frage gestellt sei. Der

Reichstag habe die Aufgabe, nach den vielen bitteren Erfahrungen einmal gründlich über die deutschen Kolonialbahnen zu sprechen. Ohne ein gut gewähltes und gut entwickeltes Bahnnetz würden sich die Kolonien niemals entwickeln können.

Im Hauptort von Kamerun, in Duala, soll ein Wasserwerk erbaut werden, das über 700 000 Mk. erfordert, ungefähr 200 000 Mk. mehr als zuerst veranschlagt. Weiter sollen in Duala die Eingeborenen von den Weißen getrennt werden, auch ihr Grundeigentum soll ihnen abokauft werden. Diese Maßnahme erfordert 650 000 Mk. zur Erwerbung von 150 ha bebauten und 130 ha unbebauten Landes mit 1000 Anlagen aus Matten und Wellblech von den Eingeborenen. Von national-berater Seite wurde angeordnet, den Eingeborenen nicht die ganze Kaufsumme in die Hand zu geben, sondern einen Teil zur Verwendung für sanitäre Einrichtungen in dem neu anzulegenden Eingeborenenort zurückzubehalten. Genosse Noske betonte das Einverständnis mit der Maßnahme, ob aber Duala jemals eine gesunde Stadt werde, könne bezweifelt werden. Richtig sei es, die Änderung in gutem Einvernehmen mit den Eingeborenen vorzunehmen. Bedenklich sei es aber, die Kaufsumme nicht voll auszuzahlen, wie verschiedentlich vorgeschlagen werde, weil eine solche Maßnahme den Unwillen der Eingeborenen herausfordern müsse. Die Summe wurde bewilligt. — Klage wurde über die Einfuhr von recht minderwertigen Spirituosen und die stark um sich greifende Palmweibereitigung geführt. Durch die Palmweibereitigung würden die Palmbestände gefährdet.

Dann wurde in die Beratung des Etats für Togo eingetreten, wobei Abg. Ledebour Auskunfts verlangte, ob den Eingeborenen zu ihrem Rechte verholfen worden sei, denen lemerzeit von der Togo-Gesellschaft Land abgeschwindelt wurde. Der Staatssekretär bejahte diese Frage. Die Abgg. Arendt und Goller protestierten gegen den Vorwurf, die Togo-Gesellschaft habe Land erschwindelt, worauf Genosse Ledebour unter Hinweis auf Tatsachen seinen Vorwurf bekräftigte. Es sei traurig, daß sich im deutschen Reichstage noch Leute fänden, die solche Schwindelhandlungen beschönigten. Die Budgetkommission hat übrigens die Kaufverträge für ungültig erklärt. Abg. Erzberger stimmte der Kritik Ledebours zu. Die Beratung wurde darauf vertagt.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin den 22. März 1911.

154. Sitzung, Nachmittag 2 Uhr.

Am Pundesratsische: Dr. Delbrück

Die Witwen- und Waisenversicherung.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Gesetzesentwurfs betr. § 15 des Sozialversicherungsgesetzes (Beschreibung der Hinterbliebenen-Versicherung bis zum 1. Januar 1912.)

Dove (Fp.): Ich lege Verwahrung ein gegen die gestrigen Vorwürfe des Staatssekretärs, die Freiwiligen wirken darauf hin, daß die Sozialversicherung verfaßt; seine Freunde beteiligten sich energisch an allen Arbeiten. An dem eventuellen Scheitern der Reichsversicherungs-Ordnung ist die Regierung schuld, die nicht zeitig genug Fühlung mit den Parteien genommen hat. Allgemein macht sich eine Verdrossenheit bemerkbar; daß die Freude am Parlamentarismus nicht groß ist, zeigte gestern auch die Jubiläumssiede

des Präsidenten (Seiterkeit), der Rückblick auf die 40-jährige Tätigkeit des Reichstages war lebhaft salutatorisch. (Seiner neue Seiterkeit)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Gerade mit Herrn Madan ist über die Reichsversicherungsordnung schon im letzten Winter verhandelt worden (Hört, hört! rechts), gerade mit seiner Partei hat also die Regierung früh genug Fühlung genommen.

Dr. Müggan: Gesonderte Unterhaltungen hat der Staatssekretär mit mir gehabt, das ist aber kein Fühlung nehmen mit einer Partei.

Die Debatte schließt, der Gesetzesentwurf wird gegen die Stimmen der Freiwiligen, Sozialdemokraten und Polen angenommen.

Die Kalisypropagandaelder.

Es folgt die Fortsetzung der Debatte über den noch ausstehenden Teil des Etats des Reichsamts des Innern über die Verwendung der Kalisypropagandaelder.

Dr. Wärschel (Np.): Ich über die Wirkung des Kalisypropagandaelder auf die Kalisypropaganda, sie sei durch das Gesetz nicht geschützt worden, sondern habe vielmehr einen großartigen Aufschwung genommen. Die Propagandaelder sollen zur energischen Propaganda dienen um den Kalisypropaganda zu steigern, da solle man doch nicht von Schmeißergeräten und einem Korruptionsfonds sprechen. Wenn der Bund der Landwirte einen Wanderredner damit bezahlt, der nebenher auch politische Agitation treibt, so sei das doch nicht schamlos. (Widerworte links.) Die Resolution der Freiwiligen, daß Propagandaarbeiten welche politische Zwecke verfolgen, keine Propagandaarbeiten erhalten dürfen, lehnen wir ab, weil wir politische Momente in diese rein wirtschaftlichen Dinge nicht hineintragen wollen. (Lachen! links.) Wir wünschen nicht, daß das Gesetz geändert wird. (Bravo! rechts, im Zit. und bei den Np.)

Dr. Koser (Np.): Die Propagandaelder sind gar nicht Provisionen sie sollen an Gesellschaften gegeben werden, nach der Ansicht des Gesetzgebers, die nicht auf Verdienen ausgehen, also nicht an Handelsgesellschaften. Von einem politischen Mißbrauch kann bei diesen Geldern gar keine Rede sein. (Zustimmung rechts.) Das Kalisypropagandaelder liegt auch im Interesse der Arbeiter, das hat die Sozialdemokratie auch anerkannt, indem sie für das Gesetz stimmte. Wenn die Sozialdemokratie konsequent wäre, müßte sie, so gut wie sie den deutschen Arbeiter vor der Konkurrenz auswärtiger Arbeiter zu schützen sucht, für den Schutz der nationalen Arbeit auf allen Gebieten stimmen. Der fortwährende Antrag auf Ausschluß politischer Organisationen vom Bezug der Propagandaelder ist gegenstandslos, denn es gibt keine unpolitische Organisation als die Verkaufsstelle des Bundes der Landwirte. (Widerworte links.) Der Bund der Landwirte ist wirtschaftspolitisch, aber nicht politisch. (Erneute Seiterkeit links.) Die Linke tut, als ob sie den kleinen landwirtschaftlichen Organisationen Vorteile zuwenden wollte. Der deutsche Bauer aber weiß, was er von diesen Parteien zu halten hat. (Bravo! rechts, Seiterkeit links.) Die Sozialdemokratie, die Antritt in die Reihen der Bauern zu tragen sucht, wendet mit terroristischen Mitteln die Arbeiter in ihre Organisationen. (Seiterkeit links.) Korruption gibt es nicht bei uns Landwirten. (Bravo! rechts.)

Gothen (Fp.) erklärt zunächst, in Bezug auf eine frühere Äußerung habe er sich überzogen, daß die Schenkungsbereitungen beim Zentralverband der Industriellen nicht während des Bankrotts stattgefunden haben, an dem der Staatssekretär teilnahm, sondern bei den vorangehenden Beratungen. — Im Grunde kann man heute noch gar kein Urteil über die Wirkungen des Kalisypropagandaeldes fällen. Unzweifelhaft stellt das Gesetz einen Eingriff in wohlverordnete Rechte dar. Allerdings ist gerade beim Vergang der Frage der Verstaatlichung durchaus diskutabel. Aber beim Kalisypropagandaelder sind Tendenzen zur Geltung zu bringen war ein Versuch mit untauglichen Mitteln. Es war ein Stück

gesetzgeberischer Kurzsichtigkeit.

Die Dagabunden.

Von Karl v. Holtei.

(13. Fortsetzung.)

Neuntes Kapitel.

Der Erntekranz sollte gebracht werden. Onkel Nalus hatte den nächsten Sonntag für diese Feierlichkeit bestimmt und mehrere Anstalten dazu getroffen, als er seit verschiedenen Jahrgängen nötig befunden. Wein und Bier empfingen strengen Befehl, mehrere Tänzerinnen aus der Nachbarschaft einzuladen was große Schwierigkeiten fand, weil, wie schon oben erwähnt, der Umgang mit allen Gutbeiherrfamilien eingeschlossen war. Man mußte folglich zu Parvotöchtern, jungen Verwalterfrauen, Schullehrerinnen und sogar zu Schwestern des eigenen Hofes Zuflucht nehmen, um ein Duzend rotwangiger, vollblütiger, seit zusammengeschnürter, in schreiende Farben geschmacklos gekleideter Balltänzerinnen aufzutreiben. Auf diese Weise leiteten des Barons „Wädel“ dem väterlichen Mandat Folge und stellten ihr Kontingent. Nicht so glücklich war Papa gewesen mit Uteierung der Herren Tänzer, die er auszuwählen sich selbst vorbehalten und durch deren Erscheinung die Seintigen überrascht werden sollten. Nachdem vielerlei Veruche völlig mißlungen, fandte er an Puschel und Nubs Aufträge, Häßliche Gesellen und Schulfreunde, womöglich ein paar junge Herren in zweiseitig Tuch“ (das heißt Offiziere) mitzu-

An unglücklicherer Agenten konnte der Baron sich kaum wenden. Diese beiden armen Jungen, welche oft wechsellang von dem großen großen Worte sehten mußten, welches ihnen der väterliche, mütterliche Vachofen — doch auch nur durch Gelegenheit — lieferte, die kein Taschengeld oder doch sehr wenig erhielten, die kein Vergnügen, wofür man Geld zahlt, mit anderen genießen konnten; — wo sollten sie Bekanntheiten hernehmen, für die Zwecke des Onkel Nalus passend? Und dennoch taten sie etwas in ihrer Art Großes und Erhabenes: Sie hatten nach glücklicher Verleihung ihres Examens für die hohe Schule, welches mit der durch den Pastor ihnen zugewiesenen freiherrlichen Tanz- und Erntekranz-Order zusammenzufassen, die geniale Idee gefaßt und ausgeführt, ihre Mitulber und Mitlieger im Examen, acht an der Zahl — ihrer elf waren sie im ganzen gewesen — zum Liebenauer Examen und Bal champêtre im Namen Seiner reichsfreiherrlichen Gnaden des Baron Konradts feierlich einzuladen; eine Einladung, die mit all-

gemeinem, aus Entzäumen sich nach und nach entwickelndem Jubel auf- und angenommen wurde.

Um dem Vorwurfe zu entgehen, daß ich mein Einmaliges vergessen, rüge ich auf frischer Tat einen scheinbaren Rechnungsfehler in vorstehenden Zeilen. Nubs und Puschel sind ihrer ein Paar, oder in Ziffern ausgedrückt 2. Die Einladung haben sie an 8 gerichtet, 8 zu 2 macht 16. Folglich könnten nicht elf Abwesenden Teilnehmer des Examens gewesen sein? Und dennoch habe ich ausdrücklich elf geschrieben. Ist das Unachtsamkeit? Bestreuerung?

Nein, fürwahr, das ist es nicht. Lerne mich besser kennen, aufmerksam, an deinen schönen Fingern nachzählende und nachrechnende Lesern; es ist, was man in der freitischen Sprache einen feinen Zua, eine verborgene Schönheit, eine sinnige Nuance nennt. Vorbereiten wollte ich dadurch, daß unsere Vorkursthue allerdings neun Mitbewerber bei der Prüfung pro maturitate zählten, daß sie aber nur acht derselben eingeladen. — weil sie sich an den neunten, als einen durchaus Exklusiven gar nicht wagten. Es war dies der Sohn des reichen Geschäftsmannes Dorn van der Helfst, ein Jüngling, der fleißig, ernst, für seine Jugend überreif an männlicher Würde, in eleganter Kleidung sich stets vom Umgang aller Mitschüler ferngehalten und, ohne durch Unfreundlichkeit im allgemeinen zu beleidigen, doch im einzelnen jede vertrauliche Annäherung von sich gemieden hatte. Er war die Perle in der Krone guter, mütterlicher Schiller, das Vorbild der oberen Klasse, der Inbegriff reiner, feiner Sitten, der Stolz seines stolzen, überreichen Vaters. Alle Lehrer des Gymnasiums vereinten sich bei jeder Konferenz zum Preise des jungen van der Helfst und überstimmeten die jedesmal wiederkehrende Äußerung eines alten, ziemlich untergeordneten Schulfreunden, der nichts mehr dozierte, als ein bißchen Naturwissenschaft und Physik, der gewissermaßen nur das Gnadenbrot als Lehrer genöß, der jedoch ein eigentümlich humoristischer Kauz war. Dieser pflegte jeder Lob- und Breisphymn, welche der Chor der Professoren auf den jungen van der Helfst antimmte, mit den Worten zu schließen: „Wenn er nur ein einziges Mal einen dummen Streich machen möchte!“ Als nun der Direktor der gelehrten Schul, ärgerlich über solche unlehrerhaftes Verhalten, endlich fragte: „Was denn, Herr Kollega, meinen Sie eigentlich mit diesem seltsamen Wunsche?“ — da brach der kleine Graukopf aus und rief ganz heftig: „Was ich meine, Herr Rektor? Ich meine, daß eine solche tugendhafte Weisheit, solche Sittsamkeit und Würde, solche untadeliger Fleiß an einem siebzehnjährigen Burschen un-

natürlich sind, daß aus solchen jungen, glatten Schulmännern und Herpuppen niemals etwas wird, daß Jugend ihr Recht verlangt. Wandern tut mich dabei nur der Name, der seinem Namen nach holländischer Abstammung scheint und folglich auch das holländische Sprichwort kennen sollte, nach welchem der Vater einer Tochter, wenn der Vater eines Sohnes um deren Hand für letzteren wirbt, zu fragen pflegt: „Hat Ihr Herr Sohn auch schon ausgetobt?“ Bequemere für die Lehrer ist gewiß, wenn die Jungen den Anfang des notwendigen und naturgemäßen Austobens weiter hinausschieben, doch besser für die Jungen ist es, wenn sie beizzeiten anfangen. Ich bleibe bei meiner Ansicht. Gütte Herr van der Helfst nur ein paar mal im Karzer gefesselt, ich würde weit mehr Respekt vor ihm hegen. Dixi et salvavi.“

Rektor und Schulfreunde belächelten des alten Herrn komischen Grauß und zuckten mitlidsvoll die Achseln, als wollten sie sagen: er ist reif zur Querschnitzung!

Daß an einen solchen Vogel Thönig Wädel und Nubs mit ihrer Erntekranz-Einladung sich nicht waarten wird man begreiflich finden. Deto überraschender wirkte nun sein Verhalten auf die zehn taustüftigen Abiturienten. Er, Theodor van der Helfst, der im Laufe der Schulzeit mit keinem seiner Kommilitonen etwas anderes als das unumgänglich Notwendige geredet, der jetzt Nummer eins mit Auszeichnung auf dem Zeugnis seiner Reife prangen sah, während die zehn anderen eine bescheidene zwei da-von-er-Fahrt nach Liebenau — wohin auch er samt seinem Vater zum Erntefeste geladen, von jenem aber allein zu reisen angewiesen worden — seine, Theodor's Gäste zu sein. Unser großer Stuhlwanne, fügte er hinzu, läßt sich durch zwei einzuhängende Hänge sehr leicht in einen zehnköpfigen verwandeln, und ich werde, auf dem Kutschbock Platz nehmend, die Vierde lenken; mit unferen vier Rappen kommen wir schneller nach Liebenau, als mit einem Lohnkutschler.

Zehn dumme Gesichter, unter denen die beiden Wädel und Nubs angehörten wahrscheinlich die Dummsten waren, bejahten durch eintaumes Schweigen diesen glänzenden Antrag, zu dessen Vollführung Theodor die siebente Morgenstunde des im Rebe stehenden Sonntags und als Sammelplatz das Haus seines Vaters auswählte, in welchem man sich durch ein reichliches Frühstück zu den Anstrengungen der Reise wie des ländlichen Festes vorbereiten und kräftigen wolle.

Die Sache verhielt sich aber ganz einfach so. Herr van der Helfst sen. trieb neben seinem Großhandel auch — (Frei-

Eine große Rolle hat damals ein besonders schwaches Wort gespielt, das diesem oder jenem sehr am Herzen lag — ich brauche wohl keine Namen zu nennen. (Heiterkeit u. Sehr gut! links.) Nicht sonderbar war es, daß die Vertreter der Landwirtschaft so gar kein Interesse für die Verbilligung des wichtigen Düngemittels, des Kalks zeigten. Mit den Kalkwerken wurde es immer unfolider; es hat sich ein Aneinanderwachsen unter den kleinen Bauern entwickelt, die dem Publikum Kalkpapiere anpreisen. Und dazu kam denn das Kalkgesetz, wodurch die Kalkpapiere Mündelsicherheit erlangten; das ist

Der unerhörteste Schwindel

(Zust. links), durch das Gesetz ist den einzelnen Werken lediglich eine Quote an Absatz garantiert. Wenn das Gesetz dem Bundesrat die Verteilung von Propagandageldern übertragen hat, so hat es ihm eine Aufgabe übertragen, die eine Behörde überhaupt nicht leisten kann. Die Bestimmung, sowohl pro verkauften Doppelzentner an Propagandageld zu verteilen, ist direkt die

Anforderung zur Vergütung.

(Sehr richtig! links.) Die Propagandagelder sollen nach dem Beschluß der Kommission für wissenschaftliche Untersuchungen dienen, um den Kalkabfall zu heben. Aber die Gelder können dafür garnicht verwendet werden, dafür sind die Summen viel zu hoch; die deutsche Landwirtschaftsgesellschaft hat 173 000 Mk. bekommen und konnte davon nur ganz 1500 Mk. für den genannten Zweck verwenden. Die Landwirte müssen ja verrückt werden, wenn man ihnen mit dem Aufwand von 1,1 Millionen Mark predigt, „Düngt mit Kalk“, als ob Phosphor- und Stickstoffdüngung nicht vielfach angebracht ist. Der Bundesrat soll über die Wissenschaftlichkeit der Versuche entscheiden! Da erinnere ich an die Wortwahl des Professor v. Szeligsohn Professor Wagner, daß er seine Tabellen nachträglich korrigiert, d. h. gefälscht hat. Das System wissenschaftlicher Untersuchungen mit dem Gelde derer, die den Vorteil davon haben, führt zur Korruption. (Lebh. Sehr richtig! links.) Die deutsche Landwirtschaftsgesellschaft betreibt ein großes Vermittlungsgeschäft in Düngemitteln, sie betreibt also das Geschäft eines Handelsagenten für das Kalksyndikat, und deshalb hat sie sogar die Verbilligung, die Interessen ihres Auftraggebers wahrzunehmen, und tut das auch in reichem Maße. (Sehr richtig! links.) Herr Dr. Koestke bestritt, daß der Bund der Landwirte eine politische Organisation sei, dabei ist doch Dr. Koestke im amtlichen Reichstagsheftbuch an erster Stelle aufgeführt, als: „Bund der Landwirte und erst an zweiter als Konsultant der konservativen Partei. (Hört, hört! links.) May v. Eynh, den Herr Koestke doch gewiß nicht wird absichtlich können, sagte, als er aus der Gründungsversammlung des Bundes kam, nichts habe ihn mehr geärgert, als die

Alzu durchsichtige Kuwahrheit

in der besüßigen Versicherung, es handle sich um keine politische Partei. (Hört, hört! links.) Wenn wir staatliche Subventionen in politische Organisationen geben, wo sollen wir da aufhören? Wir könnten dann aus den Erträgen der Branntweinsteuer auch Gelder zur Propaganda des Alkoholenusses geben (Sehr wahr! links) und der Bund der Landwirte würde alsbald durch seine Gelehrten beweisen, wie gesund der Alkohol ist. Der Reichstag ist zu einer

Interessenvertretung herabgesunken;

fürchten wir dafür, daß ihn wieder politische Diskussionen beherzigen. (Lebh. Bravo! links)

Dr. Arndt (M.): Früher waren alle Parteien bestrebt, den Etat rechtzeitig fertig zu stellen. (Lebh. Zustimmung.) Ich meine die Dauerredner? besonders Herr Sahn.) Die Propagandagelder sind gar nicht Reichsgelder, sondern das Reich bekommt sie nur als Treuhänder. In der Spitze des Kalksyndikats stehen Herr von, die dem Handelsbund näher stehen, als dem Bund der Landwirte; der Bund der Landwirte erhält das Geld sicherlich nicht aus politischen Gründen. Das Kalkgesetz ist allerdings nicht unbedingt in letzter Konsequenz würde es zum Kommunismus führen; aber nach so kurzen Bestehen kann man es noch nicht ändern. (Beifall rechts.)

Korianty (Pole): Es ist nicht richtig, daß sich der Abg. Heim an uns mit der Bitte um unter Kommissionen-

mandat gewendet hat. Ich bin vielmehr an ihn als den ausgezeichneten Sachkenner und standhaften Vertreter kleinbäuerlicher Interessen herangetreten, um Informationen von ihm zu erhalten, und als wir erfuhren, daß er nicht in der Kommission saß, habe ich ihm aus freien Stücken mein Mandat abgetreten, weil ich glaubte, so der Sache am besten zu dienen. — Die freikünnigen und sozialdemokratischen Anträge lehnen wir ab; wir wünschen keine hochnotpeinlichen Untersuchungen darüber, welche landwirtschaftlichen Organisationen politisch sind. Denn wir Polen haben genug an der schändlichen Weise, wie man unsere Vereine für politisch erklärt. Dagegen sind wir für die Anträge Heim, die uns in richtiger Weise ohne schändliches Behördlich die Interessen der kleinen bäuerlichen Organisationen zu wahren schützen. (Beifall b. d. Polen.)

Hilpert (fraktionlos, bayr. Bauernbund, fast unverständlich) spricht sich ebenfalls für die Anträge Heim aus. Vizepräsident Dr. Spahn verliest einen genügend unterzeichneten Antrag auf namentliche Abstimmung über Ziffer 2 des fortschrittlichen Antrags (Ausschluß politischer Organisationen vom Bezug der Propagandagelder).

Dr. Heim (Z.): Die Ausführungen meines Kollegen Speck von gestern erlauben mir, heute manches nicht zu sagen. (Hört, links.) Die Debatten haben gezeigt, daß man allgemein meinem Standpunkt sich nähert, besonders bei den Empfängern und bei dem Referendats. Der vermehrte Absatz im Ausland muß auch dem Inland zugute kommen und zur Ermäßigung der Inlandspreise führen. Aber die Auslandspropaganda ist unzumutbar betrieblen worden. Die amerikanischen Bauern z. B. sind mit einem Mischdünger, der ihnen als reiner Kalkdünger verkauft wurde, geradezu übers Ohr gehauen worden. Offenbar werden sie einsehen, daß ihre Interessen nicht mit denen der Leute identisch sind, die sozial Gleichberechtigung machen. Bei der Inlandspropaganda muß unterschieden werden zwischen wissenschaftlicher und kaufmännischer Propaganda. Herr Gottheim will keine näheren Bestimmungen über die 1,1 Millionen zur Inlandspropaganda treffen. Dann werden die kleinen landwirtschaftlichen Verbände gewiß nichts erhalten. Mein Bestreben war, den Zustand zu beklagen, daß sich zwischen Kalkproduzenten und Kalkabnehmer große Vermittlerverbände schieben. Vor meinem Eingreifen bestand hierüber keine volle Klarheit. Die Rabattstafel sprang von 12 000 Doppelzentnern Abnahme bis auf 100 000 um eben die kleinen Verbände zu zwingen, sich den größeren anzuschließen, damit sie in den Genuss der höheren Rabattsätze kommen. (Zuruf links.) Sie möchten positiv Bescheid von mir hören, werden aber dabei nicht auf die Rechnung kommen. (Heiterkeit.) (Leber [S.]: Sie dürfen ja nicht reden!) Herr Kollege, Sie können den Agent provokateur bei mir nicht spielen. (Leber [S.]: Sie sind eben Speck — ja geworden. Große Heiterkeit.) Das ist schon besser, aber doch noch nicht gut genug. Die Staffel der Rabatte muß in sich gegründet sein und darf nicht solche Sprünge aufweisen. Ich hätte nichts dagegen, wenn gar keine Rabatte gewährt werden; solange sie aber bestehen, dürfen kleine und große nicht mit zweierlei Maß gemessen werden. (Zust. links.) Ich muß nun noch eine persönliche Sache zur Sprache bringen. Herr Hue hat gestern von einem Artikel Kenntnis gegeben, der mir von liebevoller Seite gemeldet ist. (Heiterkeit.) Als ich ihm das Wort „Lüge“ zurief, bezog sich das nicht auf ihn, sondern auf die betr. Stelle des Artikels. Wollte ich den Artikel so besprechen, wie ich es in meinem Innern empfinde, so würde das eine schauerliche Abrechnung werden. Ich verzichte darauf, weil ich hier unter dem Schutze der Immunität stehe. Wenn aber der Mann seine Klappe ablegt, und nicht mehr aus dem Busch herauschießt, nicht unter der Marke „von zuständiger Seite“ schreibt, so werde ich ihm ohne Sentiments Antwort geben. In dem Artikel ist mir vorgeworfen, ich hätte meine Pflicht als Abgeordneter nicht erfüllt. Der Artikelsschreiber muß ganz genau wissen, daß ich in den Jahren, die er angeführt hat, in vielen Fällen beim besten Willen nicht hier sein konnte, daß ich im ganzen Jahre 1907 ein schwer kranker Mann war, der nicht gehen konnte, ohne geführt zu werden. Ich nehme an, daß der Artikelsschreiber kein Jude ist, sondern ein sehr christlicher Mann. (Lebh. Sehr gut! links.) Er nimmt keine Notiz davon, daß ich im Jahre 1908 fast noch in demselben Zustande war, daß ich ferner vom Herbst

1908 an in der bayerischen Kammer nicht als gewöhnlicher Abgeordneter, sondern als Referent über die Steuer-gesetze festgehalten war. Diese Arbeit hat mich auch außerhalb der Tagung in der Steueraussschussung beschäftigt. Dann verließ ich zur Erholung, weil hier der Kolonialrat verhandelt wurde (Hört, links) und kam hierher, als die schwere Entscheidung der Reichsfinanzreform bevorstand. Es ist doch ein wesentlicher Unterschied, ob jemand in der öffentlichen Lage ist, wenn er fort ist, ein Supplementär seine Anwesenheit einnimmt, oder ob jemand im bürgerlichen Leben steht. (Lebh. Zustimmung links.) Von diesen Gesichtspunkten hat die „zuständige Seite“ keine Notiz genommen, von der anzunehmen ist, daß sie mir nahesteht. Die Sache wurde aber noch — zünftiger; ja wie soll ich sagen, (Zuruf!) Sie sagen bloß. Das sagt zuviel. (Abg. G. v. B. v. [Str.]: zaghaftig.) Jawohl, zünftig ist etwas fastig! (Hört, links) Also es heißt da, der Dr. Heim kommt immer nach Berlin, wenn er etwas hat, was ihn persönlich berührt, und auch hier ist er persönlich interessiert, als Vorsitzender seiner Bauerngenossenschaft. Ich stelle fest, daß diese Genossenschaft statutengemäß keinen Gewinn verteilt, sondern den Gewinn zu gemeinnützigen Unternehmungen verwendet, wir unterrichten in einer landwirtschaftlichen Schule Knaben von 14 bis 18 Jahren, wir haben einen landwirtschaftlichen Fortbildungskursus für mittlere junge Bauernsöhne eingerichtet u. s. w. Wenn ich einmal mehr Geld habe, so trage ich mich mit dem lässigen Gedanken — vielleicht gewinne ich einen reichen Wohlthäter, das wäre das einzig Gute der Ausschüsse der „zuständigen Seite“ — eine Wanderbühne einzurichten. (Heiterkeit und Zuruf: Kalkabgabe.) Weiter wurde in dem Artikel gesagt, der Dr. Heim ist auch als Aufsichtsrat an einem Kalkwerk beteiligt. Es ist richtig, daß ich für einen alten Besitzstand als Aufsichtsrat tätig bin. Bevor ich dieses Amt annahm, erklärte ich der betreffenden Stelle kategorisch, daß ich mich dadurch unter keiner Bedingung in meiner Haltung als Abgeordneter beeinflussen lassen würde, und Herr Hue hat ja auch gestern konstatiert, daß meine Haltung dieselbe war, wie im vorigen Jahre, als ich diesen Besitzstand noch nicht vertrat. Ich danke dafür, daß

wenigstens ein Gegner

mir diese Berechtigung hat zuteil werden lassen. Bevor ich das Amt übernahm, habe ich mich an einige Kollegen gewandt, denen ich ein Urteil in der Beziehung wohl zutrauen kann, an Herrn Müller-Julda und an Herrn Erzberger. (Hört, hört! links.) Herr Erzberger hat nichts daran gefunden und auch darin nichts, daß ich in die Budgetkommission zu kommen suchte, er hat sich sogar darum bemüht, und auch Herr Müller-Julda wird mir bestätigen, daß er es gern gesehen hätte. Dann kommt der schwerste Punkt in dem Artikel, es heißt: „Wir nehmen an, daß Dr. Heim an den Erträgen seiner Zentralgenossenschaft mit Tantieme beteiligt ist.“ Wenn der Herr nicht gewußt hätte, daß es nicht so ist, so hätte er nicht „angenommen“, aber weil er gewußt hat, daß es nicht so ist, hat er eben nur „angenommen“. (Zuruf: christliches Liebeswerk.) Die journalistische Pflicht hätte geboten, daß man eine derartige verdächtige Annahme nicht herausgibt, bevor man sich von ihrer Wahrheit überzeugt. Ich konstatiere, daß ich niemals in meiner Genossenschaft Tantieme bezogen habe, noch beziehen werde, und der Artikelschreiber mußte das umso mehr wissen, als es dreimal vor Gericht festgestellt ist. (Hört, hört, b. d. Soz.) In meinem Geschäft gibt es kein Geheimbuch, jeder ernsthaft Sachverständige kann alles bei mir einsehen, was er will. Diese „Annahme“ ist ungefähr das

Berühmte, Gemeinste und Niedrigste,

was man in der Polemik tun kann. Nur zwei Zentrumsblätter haben diese Verdächtigung weiter verbreitet, die „Köln. Volksztg.“ und die „Schlesische Volksztg.“ Was ich bis jetzt gesagt habe, habe ich auch drucken lassen und noch mehr. Ist der Betreffende ein Mann und nicht bloß jemand, der den Hosenrock trägt, so wird er den Dr. Heim verklagen, und ist er kein Mann, so ist es schade um die Tinte, die ich ihm noch widmen werde. (Beifall.)

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Es folgen die Abstimmungen. Angenommen werden die Kommissionenentwürfe und die Resolution über die Staffeln der Rabatte.

Den anderen Teil seiner Resolution zieht Dr. Heim zurück.

Die Abstimmung über den Ausschluß der politischen Organisationen und über den sozialdemokratischen Antrag auf Verwendung der Kalkabgabe zu sozialpolitischen Zwecken wird namentlich sein.

Die nächste Sitzung wird auf Donnerstag 1 Uhr anberaumt. Neit des Stats des Innern und Kolonialamt. Präsident Graf Schwerin-Löwig verliest sodann Glückwunschsgramme des deutsch-nationalen Verbandes, des österreichischen und des deutschen Schiffahrtstages zum 40. Geburtstag des deutschen Reichstags und fährt dann fort: Man hat mir nicht mit Unrecht vorgeworfen, daß ich mich gestern auf eine kalkulatorische Feststellung beschränkt habe. Ich habe das getan, weil auch der 30. Jahrestag vor zehn Jahren im Reichstag keine Erwähnung gefunden hat. Ich möchte nun aber doch noch folgende Bemerkung machen: Die gesetzgeberische Arbeit, die der deutsche Reichstag seit seinem Bestehen vollbracht hat, ist eine große und die Entwicklung, die das Deutsche Reich auf Grund dieser Gesetzgebung erfahren hat, eine gewaltige, wie ich in meiner Kaiser-Geburtstagsrede näher dargelegt habe. Nicht minder groß sind die gesetzgeberischen Aufgabebereiche, deren baldige Lösung das deutsche Vaterland vom Reichstag erhofft. Möge es der Arbeitsfreudigkeit und der Arbeitsstrenge vergönnt sein die Hoffnungen unseres Vaterlandes zu erfüllen und die Arbeiten des Reichstages auch jetzt nicht minder fruchtbringend zu gestalten, als in den hinter uns liegenden 40 Jahren. (Lebh. Beifall.) Mit diesen Hoffnungen schließt ich die Sitzung. Schluß 8 1/2 Uhr.

Aus den parlamentarischen Kommissionen.

Reichsversicherungsordnung.

Die Reichstagskommission nahm am Dienstag noch einige Änderungen an den Beschlüssen zweiter Lesung vor. Hervorzuheben ist eine andere Regelung der Kosten des Oberversicherungsamtes. Die Kommission hatte in zweiter Lesung sämtliche Kosten dem Bundesstaate aufgebürdet, für den das Oberversicherungsamt errichtet ist. Nun wurde der § 290 so geändert, daß die Versicherungsträger nach der Zahl der Streitfachen einen festen Pauschbetrag zu entrichten haben. Auf diesem Wege sollten die Kosten, ausgenommen die Bezüge der Beamten, zur Hälfte gedeckt werden. Ferner verlangten die Kompromißparteien, daß die Senate beim Reichsversicherungsamt wieder mit sieben Personen besetzt werden. Es entspricht das dem bisherigen Zustande, dessen Beibehaltung auch von unseren Genossen immer gefordert wurde, während in der zweiten Lesung der Senat auf fünf Personen herabgesetzt wurde.

Ich sehr im stillen!) — ein kleines Händchen mit Hypotheken nämlich, auf Häuser oder Landgüter eingetragen. Wo ein Großgrundbesitzer einige Male mit seinen Zinsen im Reich geblieben, waren wie haben, die ein Paß wuzern, die Mäcker des großen Mannes da, um auszuhütern, wie es mit dem unehrerlichen Zähler siehe. Pantzen die Berichte — in ihrem Sinne — glänzig, dann wuzern sie durch allerlei hingeworfene Andeutungen die auf ihre Zinsen harrenden Eigentümer jener Grundbesitzungen ängstlich zu machen und erkaufen dann dergleichen Papiere, die übrigens auf den Fall eines Bankrotts Enderheit gewähren müßten, mit ungewissenhaftem Porten für ihren Herrn und Meister. So war Amorbens von der Helfst in den Besitz einer gerichtlich eingetragenen, auf Liebenau lautenden Schuldverschreibung von 30 000 Talern a 4%, Prozent gelangt, welche letztere Oskel Kalus — drei halben Jahren ignoriert hatte. Herr von der Helfst hatte bisher nur mäßig erinnert, mit Klagen nur gedroht, Substantien nur wie ein Schreckbild aus der Ferne gezeigt, offenbar in der menschenfreundlichen Absicht, seinen Gläubiger immer höherer Hüfen zu lassen, um dann die Herrschaft, deren noch immer bedeutender Baldbestand ihn lockte, ohne lange Umschweife in seine Hände zu bekommen. Der Baron, schon genug, so etwas zu ahnen, wollte den Kaufherrn an Ort und Stelle haben, um ihn durch den Anblick alter Schätze lächeln zu lassen, damit vielleicht ein Verkauf aus freier Hand ihn vor der Arde schütze und so viel abwerfe, noch ein kleines Kapuzchen an die Seite zu bringen. Deshalb hatte er den Ender der dringend eingeladen. Der Ender aber, schlauer als Isidor, begriff die Absicht des Domiers und beschloß, sich durch den Sohn vertreten zu lassen, der unbesangenen auzurufen, dabei über manches Aufschub erhalten und dann Bericht erhalten konnte, um so paffender, weil die Herrschaft für ihn bestimmt, zu seinem „Geld“ auszuweisen war. Je burschlicher Theodor erschien, desto leichter mußte ihm seine Rolle als unentdeckter Spion werden, und deshalb ergiff er die Gelegenheit, welche der Vaterlandsbesuchung dardet, so eifrig, im voraus von seines Vaters zukunftsweisend Lob überzogen. Daran schickte es auch nicht. Er untersuchte, neben einem zierlichen Kerkelch thronend, die von Herrn von Helfst Gabel-trübend hoch empfundene Zehnzahl beizens den grünen Waidgänschen zu, welche er bereits als ihm gehörig prüfte und listerz hässliche Verästelung, durch raiche Fahrt ziemlich nästern geworden, richtig vor der uns bekannten Wildemmenlaube ab. Oskel Kalus entlegte sich anständig, daß der kolossale Bierpänner nur junges Zehngebändel, nicht aber den erwarteten, fürchtend gehöflich, Müß zu zehnwenden Gläubiger mitbringe. Die jedoch Theodor sich als Soz des Gewaltigen zu erkennen gab, nahm er diesen herunterläßt für einen Friedensherold und alte, Zierliche als die jüngste, häßliche und Häute der Reiter durch einige Anze, Pöffe und Jender in hässliche

Pflichten der Kofetterie und Pezauberung einzuwerthen, wobei er ihr zärtlich ins Ohr grunzte: „Von Dir, Du dumme Gans, hängt es jegund ab, und von Deiner Larve und Deinen paar Pfund Gänsefleisch, ob Dein alter Vater wie ein Vorkleiner von Haus und Hof wandern soll, oder ob Du den einzigen Sohn des verfluchten Wuhers fangen und den Vater retten kannst! — Reiche Dame — oder alte Spitaljungfer. Du hast die Wahl!“

Baron Kambadi war noch nicht betrunken, als er diese gewichtigen Worte sprach; denn er hatte sich für van der Helfst auch wahrscheinlichen Empfang nächtern erhalten wollen, weshalb er auch in der Kirche die Predigt abgewartet.

Der Getränke wurde um vier Uhr nachmittags ins Herrenhaus getragen. Musikanten gingen dem Zuge voran; viele Dorfleute, darunter auch solche, die nichts mit der Feiertaglichkeit gemein hatten, folgten ihm, um bei Gelegenheit in jene Räume des Schlosses dringen zu dürfen, welche sonst niemals geöffnet wurden, und dort die alten, buntschönen, wenn auch von Zeit und Mäusen zerstörten Tapeten anzugaffen. Anton war so sehr daran gewöhnt, diesen Zug mitzumachen, noch aus den Jahren früherer Kindheit, wo er als Geselle der Fräuleins und als Zielstuntes Liebling sich im Schloss heimlich fühlte, daß er auch heute, die jüngste Vergesslichkeit vergessend, sich ansetzte. Er überlegte weiter nicht, welche Folgen dies möglicherweise haben könnte. Seine Großmutter schüttelte ängstlich das alte Haupt, wie er dahin zog — in seinem besten Buge!

Er war sehr schön. Weiße Beinkleider, aus dem feinsten selbstgepönnenen Leinwandstücke der Mutter Gofsch geschneitten und vom Dorfchneider mit besonderer Vorliebe und Sorgfalt gearbeitet, saßen ihm so nett und knapp und hoben seine schlank, kräftige Gestalt so anmutig hervor, daß man nichts Pöcheres sehen konnte, ein lures Jäckchen von dunkelblauem Luche schmiegte sich wie geossen an die breiten Schultern, um den halb offenen Hemdtragen schlang sich ein rotweines Tuch, dessen Zipfel lang umherflatterten, auf den vollen braunen Locken, nach dem rechten Ohre hin gespannt, sah ein frohgelbes Ledermäntchen. Das edle Angeficht, aus weisem unter dunklen Brauen und Wimpern ein blaueschines Auge hervorstrahlte, bildete in wehmütigem Ernst den wirksamsten Gegenlag zu der fast spöttlich lächelnden Oberlippe, auf der sich der erste Anflug eines regelmäßig geformten Bartes wölkte. Sein Gang war fest und leicht, beides zugleich, ohne Spur von Fiererei, den natürlichsten Anwand bezeichnend. Die kleinen Füße schienen, in dünneren Schuhen, als jemals ein Liebenauer Würdiger besessen, einerschreitend, selbst zu zweifeln, ob sie Boden genug fassen könnten, der ihnen anvertrauten Person das rechte Gleichgewicht zu erhalten. Doch ging es herrlich, und Anton wandelte auf ihnen mutig einher.

(Fortsetzung folgt.)

Die übrigen Anträge zum ersten Buche betrafen rein redaktionelle Änderungen. Am Mittwoch wird die Krankenversicherung noch einer Revision unterzogen.

Aus der Jugendbewegung.

Von der blindwichtigen Auflösungspraxis. Durch die Auflösung der Volkseigenen Verwaltung ist in Düsseldorf ein „Zentrum der freien Jugendorganisation gebildeter Vereine“ aufgelöst worden. Das Unmögliche wurde hier zum Ereignis, das ein solches Gebilde hat es in Düsseldorf noch nicht gegeben. Wohl aber ist die Abonnementzahl der „Arbeiter-Jugend“ im Wachsen begriffen und sie wird weiter steigen.

Gewerkschaftsbewegung.

Sitzung des Haupttarifamtes für das Malergewerbe. Auf Antrag der Arbeitgebervertreter wurde am Montag in einer Sitzung des Haupttarifamtes zu Berlin nochmals zu den Differenzen im Hamburger Malergewerbe Stellung genommen. Von den Unternehmern wurde auf die verschärfte Situation, wie sie seit Sonnabend eingetreten ist, hingewiesen und die Verantwortung einiger grundsätzlicher Fragen beantragt. Die Unparteilichen brachten in Anregung, ob es nicht möglich sei, durch gegenseitige Vereinbarung die Differenzen aus der Welt zu schaffen. Das läge im Interesse beider Parteien. Durch Entschiede in solchen Fällen werde im allgemeinen nicht viel erreicht. Die Gehilfenvertreter erklärten, daß es ausgeschlossen sei, hier eine Einigung zu erzielen, wenn die beteiligten Parteien nicht anwesend seien. Die zunächst interessierten Parteien seien gewiß damit einverstanden, wenn es gelänge, in Güte die Differenzen zu regeln. Bei der weiteren Auseinandersetzung kam zum Ausdruck, daß, wenn auch hier speziell eine örtliche Angelegenheit vorliege, doch leicht das ganze Tarifgebiet davon berührt werden könne, es erwiderte deshalb dringend geboten, Einigungsverhandlungen einzuleiten. Es wurde der Vorschlag gemacht, ein Mitglied der Unparteilichen nach Hamburg zu entsenden, um am Dienstag dort die Verhandlungen zu leiten. Die Gehilfenvertreter hoben nochmals hervor, daß das Vorgehen in Hamburg sich gegen die Maßnahmen der Malerinnung richte. Herr Gerichtsdirektor Dr. Brenner erklärte sich dem Ansuchen des Haupttarifamtes gemäß dazu bereit, den Vorsitz bei den Einigungsverhandlungen zu übernehmen, in der Voraussetzung, daß die Parteien gewillt seien und daß die Möglichkeit gegeben ist, eine Einigung zu erzielen. Die Verhandlungen begannen am 21. März, mittags 1 Uhr im Sitzungssaal zu Hamburg.

Auf den Forderungen „Glück auf Segen“ und „Felicitas“, die eine Gesamtheit von 2100 Mann haben, ist es am Dienstag zum Streit gekommen. Es waren nur drei Streikbrecher zu verzeichnen. Es gäbe auf diesen Forderungen schon lange. Die Arbeiterpresse hatte ständig über die Verhältnisse berichtet. Die letzte Ursache des Streits war die Einführung eines neuen Gehaltensystems, das von den Vergleuten als Schikanererei empfunden wurde. Die Vergleute versuchten, die Maßregel erst durch passive Resistenz abzuwehren. Da die Verwaltung dies merkte, hat sie am Montag eine Anzahl Leute aus der Grube geschickt, darauf ist am Dienstag der Streik erklärt worden. Am Dienstagabend fand eine Belegschaftsversammlung statt, die den Streik endgültig beschloß. Auch auf Zeche Bergmann wird noch weiter gestreikt.

Der Mannheimer Seppel. Unter diesem Namen kennen unsere alten Genossen den tapferen Sozialdemokraten, der am Sonnabend, 83 Jahre alt, in Mannheim gestorben ist; den ehemaligen Kassakamer Josef Wuttke, den Gastwirt zur Neuen Welt. Seit 15 Jahren lebte der Alte zurückgezogen vom öffentlichen Kampfe, in dem er zur Zeit der schweren Sozialistenverfolgung seinen Mann gestellt hat. Unter sein gütliches Dach nahm Seppel 1877 das sozialdemokratische Organ „Radikales Pfälzisches Volksblatt“ auf und deckte es mit seinem ganzen Einfluß gegen alle Verfolgungen, bis auch die Erwürgung dieses volksaufklärenden Organes erfolgte. Der unerbittliche Wirt der „Neuen Welt“ hat unzählige Schikanen über sich ergehen lassen müssen. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Mannheims sandte ihn 1878 mit den ersten Stadtvorordneten in den Bürgerausschuß, wo er bis 1896 ununterbrochen tätig war. Sein Andenken wird in der Arbeiterpartei unvergessen bleiben.

Textilarbeiteransperrung in Hof in Bayern. Montag früh wurden in drei Webereien die Weber und Weberinnen aus gesperrt. Die Arbeiter in den drei Webereien hatten seit längerer Zeit den freien Sonnabendnachmittag von den Unternehmern zugestanden erhalten. Auf Beschluß des süddeutschen Textilarbeiterverbandes verlangten die drei Unternehmer, daß die Arbeiter jetzt am Sonnabendnachmittag wieder arbeiten sollten. Die Arbeiter haben an drei Sonnabenden sich geweigert, diesem Verlangen nachzukommen, weshalb jetzt die Ansperrung durch die Unternehmer verfügt wurde. Die Arbeitszeitdifferenz beträgt pro Woche keine zwei Stunden, da gegenwärtig bis 1 Uhr nachmittags gearbeitet wird. Von der Ansperrung sind 650 Personen betroffen.

Tarifbewegung im Holzgewerbe.

Durch die Verhandlungen der zentralen Schlichtungskommission, die die ganze letzte Woche andauerten, ist die Bewegung im großen und ganzen jetzt zum Abschluß gebracht. Zwar steht die Zustimmung einer Anzahl Ortsvereine zu den Verhandlungsergebnissen noch aus, doch dürften sich erhebliche Schwierigkeiten kaum noch ergeben. Nur in den Orten Osabrück, Liegnitz und Finsterwald haben weitere Verhandlungen nicht mehr stattgefunden und gelten diese drei Orte als nicht erledigt. In Osabrück hat die größte Firma einen Vertrag mit dem Holzarbeiterverband abgeschlossen, aber mit dem Arbeiterverband kam es zu keinem Vertragsabschluß, weshalb in einer Anzahl Werkstätten die Arbeit eingestellt und in anderen die Kündigung eingereicht wurde.

Die letzten Resultate der zentralen Verhandlungen sind folgende:

In Herford wird die Arbeitszeit am 1. 10. 1913 von 55 auf 54 Stunden pro Woche herabgesetzt. Für Tischler tritt ein Durchschnittslohn von 47 Pfg. pro Stunde sofort in Kraft, der sich während der Dauer des Vertrages auf 51 Pfg. erhöht. Für Maschinenarbeiter, Packer, Hilfsarbeiter sind die Löhne ebenfalls mit entsprechenden Erhöhungen für die Vertragsdauer festgesetzt. Die bestehenden Akkordpreise, bei denen der Durchschnittsverdienst nicht erzielt wird, werden soweit verbessert, daß auch da der Verdienst erreicht wird. Als Durchschnittsarbeiter gilt, wer den in Akkord erzielten Durchschnittsverdienst erreicht. Der Durchschnittsverdienst für jeden Betrieb wird halbjährlich ermittelt und werden diejenigen Akkordarbeiter, die diesen Durchschnittsverdienst erreichten, fernerhin als solche anerkannt. Für Heimarbeiter gelten dieselben Akkordpreise wie für Werkstättenarbeiter.

Der Vertrag für Detmold deckt sich im großen und ganzen mit dem für Herford.

Für Bosen konnte eine Verständigung zwischen den Vertretern der Ortsparteien nicht erzielt werden. Es wurde deshalb vereinbart, die Verhandlungen am Orte selbst fortzusetzen. Da auch diese resultatlos blieben, wurde vereinbart, vor dem Gewerbegericht weiter zu verhandeln, wo es denn auch zu einer Verständigung kam. Die Stundenlöhne erhöhen sich sofort um 2 Pfg. und steigen während der Vertragsdauer um insgesamt 7 Pfg. Der Mindestlohn wird sofort von 37 auf 40 Pfg. erhöht und steigt im Laufe der Vertragsperiode auf 45 Pfg. Die Akkordpreise erhöhen sich sofort um 6 Proz., ab 1. 4. 1912 um weitere 6 Proz. Die Arbeitszeit wird während der Dauer des Vertrages von 56 auf 54 Std. wöchentlich verkürzt.

Für Helmstedt wird die Arbeitszeit auf 54 Stunden bis zum 1. 10. 1914 festgesetzt. Von dort an tritt die 53-stündige Arbeitszeit in Kraft.

Für Helmheim war trotz vieler Verhandlungen eine Verständigung zwischen den Vertretern der Ortsparteien nicht zu erzielen. Die zentrale Schlichtungskommission hat darum einen Vergleichsvorschlag ausgearbeitet, nach dem der Durchschnittslohn sofort 48 Pfg., vom 1. Oktober 1914 ab 52 Pfg. pro Stunde betragen soll. Die bestehenden Löhne sollen sofort um 2 Pfg. erhöht werden, während der Dauer des Vertrages um weitere 4 Pfg. Die Akkordpreise sollen für die einzelnen Arbeiten um 4 bis 11 Pfg. erhöht werden.

Das Gesamtergebnis der Tarifbewegung stellt sich wie folgt: Es wurden erreicht für Naben: 7 Pfg. Lohnerhöhung und drei Stunden Arbeitszeitverkürzung, für Bremen 6 Pfg. Lohnerhöhung und eine Stunde Arbeitszeitverkürzung (auf 52 Stunden pro Woche), für Breslau 6 Pfg. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 53 auf 52 Stunden pro Woche, für Chemnitz 7 Pfg. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 55 auf 54 Stunden pro Woche, für Detmold 6 Pfg. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 55 auf 54 Stunden pro Woche, für Eisenach 6 Pfg. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 57 auf 55 Stunden pro Woche, für Elberfeld 6 Pfg. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 51 auf 53 Stunden pro Woche, für Ebing 6 Pfg. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 57 auf 55 Stunden pro Woche, für Forth 5 Pfg. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 56 auf 55 Stunden, für Helmstedt: 6 Pfg. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 55 auf 54 Stunden, für Jena: 6 Pfg. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 56 auf 55 Stunden, für Kellheim (wenn der Vorschlag der Kommission anerkannt wird) 6 Pfg. Lohnerhöhung und durch Schlichterspruch Verkürzung der Arbeitszeit von 57 auf 55 Stunden, für Kirchheim: 6 Pfg. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 56 auf 54 Stunden, für Neumünster: 6 1/2 Pfg. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 56 auf 54 Stunden, für Bosen: 7 Pfg. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 56 auf 54 Stunden, für Stralund: 6 Pfg. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 58 auf 56 Stunden, für Stuttgart: 7 Pfg. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 53 auf 52 Stunden und für Swinemünde: 6 Pfg. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 59 auf 57 Stunden.

In Hamburg, wo die Unternehmer beunruhigt im vorigen Jahre aus dem Arbeitgeberverband ausgestiegen sind, scheint es zu größeren Kämpfen kommen zu sollen und zwar, weil der örtliche Arbeitgeberverband den vom Holzarbeiterverband und der Innung gemeinsam errichteten paritätischen Arbeitsnachweis nicht anerkennen will. Aber die Lohnfrage ist man sich ziemlich einig. Die Arbeitgeber haben jedoch sämtliche Zugeständnisse zurückgezogen und die Verhandlungen abgebrochen, worauf dann am Montag in zehn Betrieben 300 Arbeiter die Arbeit einstellten.

Aus dem Gerichtssaal.

Wegen jahrelängiger Föhung ihrer 33-jährigen Mutter durch mangelhafte Pflege hatte sich vor der Göttinger Strafkammer die Rentiersfrau Hesse in Grund im Darz zu verantworten. Auch ihr Ehemann war mitangeklagt. Die alte Frau war drei Wochen vor ihrem Tode bettlägerig krank geworden und konnte nicht mehr aufstehen. Sie wurde von den Angeklagten ein Strohbeden untergelegt, das viele die ganzen drei Wochen lang Tag und Nacht ununterbrochen liegen ließen. Die Kranke lag sich durch, und der erst zur Ausstellung des Totenscheines herbeigeholte Arzt fand das Fleisch drei Zentimeter tief bis auf den Knochen abgehaut. „ein erschütterndes Bild greulicher Verwahrlosung“. Bei einiger Aufmerksamkeit hätten die Angeklagten die Verletzungen und damit den Tod der alten Frau verhüten können. Wegen fahrlässiger Föhung wurde Frau Hesse zu einem Jahr, ihr Ehemann, der Rentier August Hesse, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Um fünfzig Pfennig drei Monate Gefängnis. Der Versicherungsagent Ernst Möller aus Gotha wurde vom Schwurgericht in Eisenach zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Und warum? Er hatte die Fahrt von Erfurt nach Gotha gemacht, war aber nur im Besitze einer gültigen Fahrkarte Erfurt-Neudietendorf. Der Eisen-

bahnbus war mithin um das Fahrgeld von Neudietendorf bis Gotha geschädigt. Bei seiner Ankunft in Gotha zeigte der Angeklagte eine abgelaufene Monatskarte vor, auf der der Monat Juni in Juli umgedruckt worden war. Er wurde in eine Strafe von sechs Mark genommen und hatte sich dann noch wegen schwerer Urkundenfälschung und Betruges zu verantworten, was ihm die erwähnte Gefängnisstrafe eintrug.

Gefängnis für betrügerisches Einschleusen. In dem Prozeß gegen den Pächter des Löwenbräukellers in München, Erwig und dessen Schenkellner wegen betrügerischen Einschleusens wurde das Urteil verkündet. Im ersten Prozeß wurde Erwig freigesprochen. Das Reichsgericht hob aber das Urteil auf die vom Staatsanwalt eingelegte Revision auf. Im jetzigen Prozeß wurde Erwig unter anderem von den Schenkellnern schwer belastet, die zugestanden, daß er von ihnen Verräte bis zu sechs Mark pro Hektoliter für den Aberschan verlangte. Das Urteil lautet, für Restaurateur Erwig auf sechs Wochen Gefängnis und 8000 Mark Geldstrafe, für den Schenkellner Klopfer auf drei Wochen Gefängnis, Schenkellner Koppold auf zwei Wochen Gefängnis, für die Schenkellner Geiger und Lanke auf je eine Woche Gefängnis, Trauung der Kosten des Verfahrens und der Strafvollstreckung. Aus der Urteilsbegründung geht hervor, daß nach den Zeugnisaussagen es als erwiesen gilt, daß im Löwenbräukeller fortgesetzt schlecht eingeschleust wurde, und daß die Schenkellner nach ihrem eigenen Geständnis durch Anwendung von Kunstgriffen eine höhere Schaumdecke erzielten und so die Gäste schädigten.

Aus Nah und Fern.

Was war der Grund? Berliner Blätter berichten: Durch auffallenden Gasgeruch wurden Hausbewohner in Lichtenberg veranlaßt, die Wohnung einer 35-jährigen Blätterin gewaltiam zu öffnen. Man fand die in Bewußtlosigkeit übergegangene Leiche der Blätterin auf dem Fußboden der Küche liegen. Es liegt Selbstmord vor. Die Tote lag schon 12 Tage in der Wohnung.

Die verpöbte Biene. Der konservative Herr Baron von Langen-Büggentin ist ein praktischer Politiker. Der Herr trommelte kürzlich seine Gutsleute und die Bewohner von Samiens und Umgegend (Borpmann) zusammen und hielt ihnen einen Vortrag über den Wert der Bienehaltung. Mehrere der Leute wurde von dem Herrn Baron eine Biene als Geschenk verprochen. Hierauf hielt der Herr Baron einen zweiten Vortrag, und zwar über die Bestrebungen des konservativen Vereins Rügen. Bei dieser Verbindung des Praktischen mit dem Idealen konnte es nicht wundernehmen, daß volle 106 Personen dem konservativen Verein beitraten. Die großen Herren lassen sich eben ihre Politik etwas kosten — und wenn es ein paar alte Bienen sind!

Ein geheimnisvolles Verbrechen beschäftigt augenblicklich die Polizeibehörde von Meilen. Man entdeckte in dem versteckten Gange, der vom Garten eines Rittergutes im Stadteil Gölz unter dem Altan hindurch zur Elbe führt, eine große Blutlache, in der ein Paar blutgetränkte Handschuhe, zwei Taschentücher und andere Gegenstände lagen. Ebenso waren die Wände des Ganges mit Blut bespritzt. Man glaubt, daß es sich um einen Frauenmord handelt und daß die Leiche nach der Tat zur nahen Elbe geschleift und in den Strom geworfen ist. Ein Polizeibund, den man Witterung nehmen ließ, schlug die gleiche Richtung ein.

Ein Schiff mit toter Besatzung. Ein der Danziger Reedereiirma A. Bart gehöriger Schleppdampfer „Erna“ verließ am Sonntag den Danziger Hafen, um weichselaufwärts nach Neuenburg zu gehen. Er traf perlauf am Dienstagabend ein und ging vor Anker. Als sich nun am anderen Morgen von der Besatzung des Dampfers niemand sehen ließ, gingen Neuenburger Schiffer an Bord und untersuchten das Schiff. Sie fanden in der Schiffskaüte die aus drei Personen bestehende Mannschaft bewußtlos vor. Man schaffte die drei Leute sofort an Deck, wo sie bald darauf starben. Es wurde festgestellt, daß es sich um Kohlengasvergiftung handelt. Die drei Schiffer stammten aus Danzig und waren sämtlich verheiratet.

Töfuge von Familienzwistigkeiten hat in der vergangenen Nacht in dem Dorfe Barand (Ungarn) der wohlhabende Landwirt Valentin Szakas seine Frau und seine drei Kinder erschossen. Sodann verübte er Selbstmord.

Brand in einem Hospital. In einem Flügel des Grafschaftsrats-Hospitals in Berth (Schottland) brach Feuer aus, das besonders die Kinder-Abteilung in große Gefahr brachte, da das aus Eisen gebaute Haus schon rotglühend wurde. Die Pflegerinnen arbeiteten heldenmütig an der Rettung der kleinen Patienten, unter denen eine wilde Panik herrschte. Es gelang, alle unverfehrt fortzuschaffen. Eine Pflegerin wurde durch die Explosion eines Feuerlöschapparates schwer verletzt.

Durch heftige Schneefürne haben nach einer Meßung aus Kopenhagen in den Norden Islands zahlreiche Menschen ihr Leben eingebüßt.

In die Tiefe gestürzt. Auf dem Queblinger Werk bei Trier stürzte ein Förderkorb in die Tiefe, als vier Schlosser daran eine Reparatur vornahmen. Einer von ihnen war sofort tot, die drei übrigen wurden tödlich verletzt.

Literarisches.

Eingegangene Schriften und Bücher. „Sozialistische Monatshefte“, Heft 6.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Komitee- und Kommissionssitzungen
Transportarbeiter!
Obmänner-Sitzung
Freitag abends 8 1/2 Uhr.
Allen Verwandten u. Bekannten, sowie der freien Jugend besten Dank für das letzte Geleit unseres lieben Sohnes.
Aug. Schläfer und Frau.

Ein freundlich möbliertes Zimmer für 1 oder 2 junge Leute zu vermieten
Brüderstraße 1, I.
Zwei-Zimmer-Wohnung zum 1. Juli zu mieten gesucht, Härtelvorbezugt.
Off. u. B. J. an die Exp. d. Bl.
Gesucht eine Zwei- bis Drei-Zimmer-Wohnung im Preise von 200-240 Mk. in ruh. Gasse v. jg. Leuten. Ang. m. Br. u. E. G. a. Exp.
Ein gutcher. Neol mit 30 Schubladen und Nebengelag zu verkaufen.
C. Schmidt, Stöckelsdorf, Lehstraße 19.
Ein gutgehender Regulator billig zu verkaufen
Schwartauer Allee 99.

Maurergerüst
zu kaufen gesucht.
F. Brauns, Altendorntstraße 24.
Wegen Plagn. g. erb. Kleiderchr., Kommode, Bettst. m. Seegrasm., eis. Bettst., H. Spiegel billig zu verk.
Fischerstraße 54, I.
Ein fast neues Sack-Jackett
billig zu verkaufen.
Brolingstraße 18, I.
Ein Haus mit 2 Wohnungen a 3 Zimmer zu verkaufen.
Näheres Adierstraße 33 b. I.
Ausgekämmtes Frauenhaar
kauft H. Weigert, Marktviere 2.

Guterhalt. Kinderwagendecke
(Eisfel) zu verkaufen.
Wolffinger Allee 40 a. I.
1 Kinderwagen mit Gummireif.
gut erhalten, für 12 Mk. zu verkaufen.
Hrminstraße 33. part.
Unsere Lesern zur Kenntnis, daß das Werk
NAPOLEON
nunmehr wieder vorrätig ist.
Preis Mk. 3.—
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Vorteilhafte Bezugsquelle
für
Rhein-, Mosel-, Bordeaux-Weine, Portweine
1.20 bis 5.00 Mk.,
Samos
0.80, 1.—, 1.20, 1.50
angenehm süß,
Sifre u. Spirituosen.
F. P. Ahrens,
Königsstraße 73,
Eing. Düststraße.

